

6. Zwiespältige Beziehungen: Die deutsche Sozialdemokratie und Sowjetrußland 1920–1922

Die Klärung der Fronten

Die bedeutendste unmittelbare Folge der Spaltung der USPD war die Entstehung einer kommunistischen Massenpartei in Deutschland. Durch die Vereinigung mit der USPD-Linken wuchs die Kommunistische Partei von 79 000 auf 448 500 Mitglieder an¹. Die Spaltung war aber auch der entscheidende Schritt zur Klärung der Fronten zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in Deutschland. In der Debatte über den Beitritt der USPD zur Komintern zeichnete sich ab, daß die positive Grundeinstellung zur Sowjetunion das Kriterium jedes wirklichen Kommunisten war – lange bevor Ernst Thälmann das zum Grundsatz erhoben hatte². Zwar betonte auch die Rest-USPD ihr Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, doch stellten sich die linken Sozialdemokraten darunter allenfalls eine Regierungsform für Zeiten revolutionären Übergangs vor, wie sie etwa der Rat der Volksbeauftragten dargestellt hatte³.

Nachdem sie selbst in Gestalt der „21 Bedingungen“ mit den diktatorischen Ansprüchen der Bolschewiki konfrontiert gewesen waren und Dittmann und Crispian die Schattenseiten ihrer Herrschaft in Rußland bezeugt hatten, scheuten die Unabhängigen Sozialdemokraten vor offener Kritik an Sowjetrußland nicht mehr zurück. Dabei lehnten sie sich eng an die Menschewiki an. Die Kooperation hatte mit Crispiens und Dittmanns Besuch beim menschewistischen Zentralkomitee in Moskau begonnen und wurde mit Martows Auftritt in Halle fortgeführt. Nach der Spaltung organisierte die USPD in Berlin eine Reihe von Versammlungen, bei denen Martow und der inzwischen aus Rußland eingetroffene Raphael Abramowitsch auftraten. Die erste und größte dieser Veranstaltungen fand Ende November statt. Zirka 1300 USPD-Funktionäre und eine große Anzahl anderer Arbeiter nahmen daran teil. Unterernährung der breiten Massen und ein allgemeines wirtschaftliches Chaos benannten Martow und Abramowitsch als die Hauptkennzeichen der Situation in ihrem Lande. Das größte Hemmnis der Weiterentwicklung Rußlands sei die von den Bolschewiki ausgeübte Diktatur. Die Versammlung bildete den Auftakt für die intensive Aktivität, die die exilierten Menschewiki bis zur Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland entfalten sollten. Es ist bezeichnend für die Annäherung der Positionen von USPD und SPD bei der Beurteilung Sowjetrußlands, daß die Zentralorgane beider Parteien ausführlich über den Auftritt der russischen Sozialdemokraten berichteten⁴. Die Zusammenarbeit zwischen den Menschewiki und der USPD ergab sich nicht nur aus persönlichen Kon-

¹ Wheeler, USPD, S. 262–264; Winkler, Revolution, S. 504 f.; Krause, USPD, S. 216 f.

² Thälmanns programmatischer Grundsatz ist Bestandteil des Mannheimer Programms der DKP von 1978; Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar, Manfred Wilke: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Frankfurt a. M. ²1981, S. 136.

³ Vgl. den Aufruf der Berner Vorkonferenz zur Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, der die USPD angehörte, vom 7. 12. 1920, in: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Konrad von Zwehl. Berlin, Bonn 1978, S. 5–8.

⁴ „Rußlands Gegenwart und Zukunft“, Freiheit Nr. 499 vom 25. 11. 1920; „Die Wahrheit über Rußland“, Vorwärts Nr. 579 vom 25. 11. 1920; Abramović, Menševiki i socialističeskij internacional, S. 268 f.

takten. Die Mehrheit und die Führung der Menschewiki standen der USPD auch politisch näher als der SPD. Man hatte gemeinsame Wurzeln in der Zimmerwalder Bewegung, und wie die USPD hatten auch die russischen Menschewiki mit der Zweiten Internationale wegen deren reformistischer Tendenzen gebrochen⁵.

Seit Ende 1918 betrachtete die vorherrschende Richtung der Menschewiki unter Martow die Oktoberrevolution als eine historische Notwendigkeit. Die Politik der Partei zielte auf eine friedliche Demokratisierung des Sowjetstaates. Allen gewaltsamen Umsturzversuchen wurde eine entschiedene Absage erteilt. Gliederungen oder einzelne Mitglieder der Partei, die sich an entsprechenden Aktivitäten beteiligten, wurden ausgeschlossen. „Demokratische Liquidation der bolschewistischen Diktatur“ und „den Kurs der Revolution zurechtrücken“ lauteten die Parolen der Menschewiki. Erreicht werden sollte dies zunächst durch die Demokratisierung der Sowjets⁶. Die Herrschaft der Bolschewiki, in denen sie trotz aller Kritik ein revolutionäres Element sahen, betrachteten Martow und seine Anhänger als kleineres Übel gegenüber einem Sieg der konterrevolutionären Kräfte, und einer ihrer Hauptvorwürfe gegen die russischen Kommunisten war über nahezu zwei Jahrzehnte hinweg, sie würden mit ihrer Politik den „Thermidor“ und die „bonapartistische Reaktion“ in Rußland vorbereiten⁷.

Die Menschewiki brachten daher ideale Voraussetzungen mit, um der Rest-USPD in ihrer Suche nach einer Position gegenüber Sowjetrußland beizuspringen: Sie waren nicht nur ausgewiesene revolutionäre Kämpfer gegen den Zarismus, sie waren auch nicht als „Sozialpatrioten“ diskreditiert und vor allem: Sie hatten eine Kritik des Bolschewismus von einer revolutionär-marxistischen Position aus formuliert, die sich mit den Grundanschauungen und dem Selbstverständnis der „rechten“ Unabhängigen deckte. Die Bolschewismuskritik der Menschewiki entsprach exakt den politischen Bedürfnissen der USPD nach der Spaltung, da sie einerseits die „Diktatur über das Proletariat“, deren langen Arm auch die Unabhängigen gespürt hatten, schonungslos brandmarkte, andererseits keinen Bruch mit der auch in der Rest-USPD nach wie vor tief verankerten Solidarität mit der russischen Revolution verlangte. Diese wurde nun zu einer kritischen Solidarität oder, im Verständnis der Menschewiki und nun auch der Unabhängigen, zur Solidarität mit der eigentlichen russischen Revolution, die es von den Entstellungen der Bolschewiki zu befreien, vor allem aber vor der Konterrevolution zu retten galt.

Diese Position wies deutliche Unterschiede zur Bolschewismuskritik Kautskys auf⁸,

⁵ Vgl. die Resolution über die Internationale vom 12. 3. 1920, auszugsweise abgedruckt in Ascher, Mensheviks, S. 124f. Die georgischen Menschewiki, die sich von der Gesamtpartei lösten, als ihr Land unabhängig wurde, blieben in der Zweiten Internationale.

⁶ Brovkin, Mensheviks after October, S. 285–293.

⁷ Dieser Auffassung widersprach Paul Axelrod, der die bolschewistische Herrschaft als reaktionär einstuft. Vgl. seinen Ende 1920 geschriebenen Brief an Martow, in: Die russische Revolution . . . , S. 180–205.

⁸ Kautskys Position war weitgehend identisch mit der Axelrods und der an seinen Vorstellungen orientierten innerparteilichen rechten Opposition der russischen Sozialdemokratie. Es gab auch eine „außerparteiliche“ rechte menschewistische Opposition um N. I. Potresov, die eine revolutionäre Erhebung gegen die bolschewistische Diktatur propagierte. Obwohl auch die Anhänger Potresovs ihr Zentrum Anfang der 20er Jahre in Berlin hatten, hatten sie so gut wie keinen Einfluß auf die deutsche Sozialdemokratie; Simon Wolin: The Mensheviks under the NEP and in Emigration, in: Haimson, The Mensheviks, S. 241–348, hier: S. 275f.

in dessen Broschüre „Demokratie und Diktatur“ die SPD ihre Position so klar und eindeutig wiederfand, daß sie der SPD-Vorstand anstelle einer eigenen Denkschrift über dieses Problem dem Genfer Kongreß der Zweiten Internationale vom Sommer 1920 vorlegte⁹. Ganz im Sinne Kautskys erklärte der Kongreß denn auch, der Sozialismus müsse auf dem Fundament der Demokratie aufgebaut werden¹⁰.

Die theoretischen Unterschiede, die in der Beurteilung des Bolschewismus zwischen den unterschiedlichen Flügeln der Sozialdemokratie bestanden, waren jedoch weniger bedeutsam als der prinzipielle Gegensatz, der beide vom Kommunismus trennte. Noch war das vielen Unabhängigen nicht so klar wie ihrem Genossen Karl Kautsky¹¹. Zu den Faktoren, die zwei Jahre später zur Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien führten, gehört auch die vollständige Desillusionierung der USPD über den Kommunismus, zu der die Bolschewiki in den folgenden beiden Jahren entscheidende Beiträge leisteten.

„... nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus“: Für die Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland

„Ein Staat – und wie die Dinge liegen, kann es nur Deutschland sein – muß entschlossen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufnehmen, muß den psychologischen Wall durchbrechen, den Haß und Furcht der Bourgeoisie um Rußland gezogen haben, und muß mit der jetzigen Behandlung Rußlands als eines Pestherdes aufräumen.“ Dies forderte Otto Wels auf dem Kasseler Parteitag der SPD Mitte Oktober 1920¹². Zwischen Sowjetrußland und den großen europäischen Staaten gab es bis dahin nur Vereinbarungen über den Austausch von Kriegsgefangenen, die im Frühjahr 1920 abgeschlossen worden waren. Das entsprechende deutsch-sowjetische Abkommen war am 19. April unter maßgeblicher Beteiligung des stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene und SPD-Mitglieds Moritz Schlesinger zustande gekommen¹³. Der polnisch-sowjetische Krieg hatte aber gezeigt, daß derartige Verträge noch lange keine Sicherung gegen eine neuerliche europäische Krise boten. Die Furcht vor seiner Ausdehnung auf Deutschland und letztlich auf ganz Europa, die die Mehrheitssozialdemokraten während dieses Krieges bedrückt hatte, schwang in Wels' Rede noch deutlich mit. „Denkt, daß wir vielleicht schon wieder mitten im Kriege stehen, daß er auf jeden Fall am Tore droht, der Krieg einer heiligen Allianz gegen Rußland“, mahnte er seine Zuhörer¹⁴. In der Tat war die Lage noch unsicher. Erst während des laufenden Parteitages, am 12. Oktober, schlossen Polen und Rußland – vor dem Hintergrund der Offensive General Wrangells – einen Vorfrieden ab¹⁵.

⁹ Protokolle Parteiausschuß, Protokoll der Sitzung in Berlin vom 13. 12. 1919, S. 39 [737].

¹⁰ Bericht vom zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf 31. Juli bis 5. August 1920. Brüssel 1921. [Nachdruck Berlin usw. 1979], S. 36–38.

¹¹ Kautsky, Lebenswerk, S. 33.

¹² Protokoll SPD-PT Kassel, 10. bis 16. Oktober 1920 [Nachdr. Glashütten 1973.], S. 34.

¹³ Edgar Hösch, Hans-Jürgen Grabmüller: Daten der sowjetischen Geschichte. Von 1917 bis zur Gegenwart. München 1981, S. 40; Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 99f.

¹⁴ Prot. SPD-PT Kassel, S. 33.

¹⁵ Kai von Jena: Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden 1921. Stuttgart 1981, S. 32 und S. 36f.; von Rauch, Sowjetunion, S. 134f. und S. 138.

Neben der Sicherung des europäischen Friedens erwartete Wels sich von der Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Sowjetrußland auch eine wirtschaftliche Belebung¹⁶. Er versäumte es jedoch nicht, auch die Grenzen der deutsch-sowjetischen Kooperation abzustecken. Er trete für diese Zusammenarbeit ein „nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus“, sagte er. Entschieden lehnte er ein deutsch-sowjetisches Bündnis gegen die Versailler Ordnung ab, wie es die KPD und die linken Unabhängigen propagierten¹⁷.

Einem Hamburger Antrag, der Reichstagsfraktion und Partei aufforderte, „mit allen Mitteln die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland zu erstreben“¹⁸, hielt Eduard Bernstein unter stürmischem Beifall entgegen: „Wir wollen eine wirtschaftliche Anbahnung mit allen Nationen, nicht mit einer einzigen“¹⁹. Der Antrag wurde schließlich ohne Abstimmung an die Reichstagsfraktion überwiesen²⁰. Am 28. Oktober 1920 erhob Philipp Scheidemann die Forderung nach Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland im Reichstag²¹. Dasselbe forderte die USPD in einer Interpellation am 24. November²². Es sei an der Zeit, die ökonomischen Ressourcen Rußlands für den deutschen Wiederaufbau heranzuziehen, aber die reaktionäre Führung der deutschen Politik scheue vor Beziehungen zu dem sozialistischen Rußland ängstlich zurück, kritisierte Artur Crispian im Januar 1921, als die USPD-Interpellation behandelt wurde. Er verwies auf den ungeheuren Importbedarf Rußlands²³.

Aber die Reichsregierung des Kanzlers Fehrenbach hielt den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, um die politischen Beziehungen mit Rußland aufzunehmen. In der Kabinettsitzung vom 27. November 1920 erklärte Außenminister Simons, er werde im Parlament auf die noch ausstehende Sühne für den Mord am deutschen Botschafter Mirbach im Jahre 1918 hinweisen²⁴. Das war ein nur dürtig verschleierter Vorwand für dilatorisches Vorgehen. Ebenso wenig überzeugend klang wohl für jene, die sich an die lobenden Worte des Ministers für die enorme wirtschaftliche Aufbauleistung des Sowjetstaates vom Juli 1920 erinnerten, sein Einwand, ein nützlicher Warenaustausch sei vor allem wegen der durch die Revolution in Rußland etablierten Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unmöglich²⁵.

Otto Wels widersprach für die SPD-Fraktion den Bedenken des Außenministers. Rußland und Deutschland seien aufeinander angewiesen. Der Bolschewismus sei mit Gewalt nicht zu stürzen. Der Antibolschewismus sei sogar seine Hauptstütze. „Bringt man dagegen den Bolschewismus in Beziehungen mit der äußeren Welt, und läßt man

¹⁶ Prot. SPD-PT Kassel, S. 34.

¹⁷ Ebenda, S. 29.

¹⁸ Ebenda, S. 292.

¹⁹ Ebenda, S. 106.

²⁰ Ebenda, S. 346.

²¹ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle, Bd. 345, 23. Sitzung, S. 805. Auch Scheidemann erhob seine Forderung „nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus“.

²² Verhandlungen Reichstag. Anlagen, Bd. 364, S. 673. Der Beschluß, einen solchen Antrag einzubringen war von der USPD-Reichstagsfraktion bereits am 22. 6. 1920 gefaßt worden; Fraktionsprotokolle der USPD, AsD Bonn, Mikrofilm. Offenbar bedingt durch die innerparteilichen Streitigkeiten wurde er aber erst mit Verzögerung eingebracht.

²³ Verhandlungen Reichstag, Bd. 346, 53. Sitzung, S. 1982ff.; „Die Beziehungen zu Sowjetrußland“, Freiheit Nr. 35 vom 22. 1. 1921.

²⁴ AdR Kab. Fehrenbach, S. LXV und S. 313.

²⁵ Wie Anm. 23.

die Macht des wirtschaftlichen Ausgleichs auf ihn wirken, so wird sich seine Umbildung von selbst ergeben.“ Die Befreiung des russischen Volkes könne nur dessen eigenes Werk sein, ob nun der Feind Zarismus oder Bolschewismus heiße²⁶. Bemerkenswert an dieser Reichstagsdebatte ist außer der von Otto Wels formulierten Frühform der Strategie des „Wandels durch Annäherung“ vor allem, daß hier nun beide sozialdemokratische Parteien in der ideologisch so stark befrachteten Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland an einem Strang zogen.

Die Hoffnungen der deutschen Sozialdemokratie auf die Früchte einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland waren zum Jahresende 1920 jedoch schon einmal heftig enttäuscht worden. Der Versuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich vermittelnd in ein Geschäft einzuschalten, bei dem es um die Lieferung von Lokomotiven nach Sowjetrußland ging, war gescheitert und hatte mit gegenseitigen Schuldzuweisungen der sowjetischen Unterhändler und des ADGB geendet. Schon Anfang 1920 hatten die deutschen Gewerkschaften die Lieferung von Pharmazeutika für russische Krankenhäuser vermittelt. Da die deutschen Unternehmer zu diesem Zeitpunkt noch wenig kooperationsbereit gewesen waren und die Gewerkschaften in der sozialdemokratisch geführten Regierung einigen Einfluß besaßen, hatten sich der russische Außenhandelsattaché Krassin und der sowjetische Bevollmächtigte in Berlin Kopp an den ADGB gewandt²⁷. Dabei spielte es wohl auch eine Rolle, daß der ADGB über die Zentrale Arbeitsgemeinschaft engen Kontakt zu den Unternehmerverbänden unterhielt²⁸. Kurz darauf bekundeten die Sowjets dann ihr Interesse am Kauf von Lokomotiven. Nachdem Krassin und Kopp zunächst Kontakte zu verschiedenen Anbietern geknüpft hatten, wurde schließlich die vom ADGB mit schwedischer und dänischer Unterstützung gegründete „Deutsche Ökonomiegesellschaft“ von Kopp mit notarieller Bestätigung zum alleinigen Verhandlungsführer ernannt. Die Verhandlungsvollmacht befugte sie zur Bestellung von bis zu 1000 Güterzugloks. Zur Deckung der Selbstkosten, so die gewerkschaftliche Darstellung, verlangte die Ökonomiegesellschaft eine Provision von zwei Prozent²⁹. Die Tatsache, daß die Sowjets auch mit britischen Firmen verhandelten, habe zur Kooperationsbereitschaft der deutschen Unternehmer geführt, und damit sei die Notwendigkeit der Vermittlung durch die Gewerkschaften – von den Unternehmern ohnehin nicht gern gesehen – hinfällig geworden. Daraufhin wurde der am 15. August in Deutschland eingetroffene Leiter der sowjetischen Eisenbahnkommission, Professor Ju. V. Lomonosov, über die Lieferung von 700 Lokomotiven und Eisenbahnmaterial im Werte von drei Milliarden Mark direkt mit Henschel und Krupp, beziehungsweise, wie Linke angibt, dem Verband der Lokomotivenfabrikanten handelseins³⁰. Lomonosov hatte allerdings bereits unmittelbar nach seiner An-

²⁶ Ebenda.

²⁷ „Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften“, Korrespondenzblatt des ADGB Nr. 50 vom 11. 12. 1920, S. 674–678, hier: S. 675.

²⁸ Karl Dietrich Erdmann, Helmut Grieser: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik, in: GWU 26 (1975), S. 403–426, hier: S. 418.

²⁹ „Die Sowjetaktion . . .“, S. 676. Zur „Ökonomiegesellschaft“ siehe Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, S. 131.

³⁰ „Die Sowjetaktion . . .“, S. 677; Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 122f. und S. 251, Anm. 3; Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 325. Linke und Rosenfeld sprechen unter Berufung auf verschiedene Quellen von 700 bzw. 800 bestellten Lokomotiven.

kunft die deutschen Preisforderungen als überhöht kritisiert und die Regierung aufgefordert, zu vermitteln³¹.

Für das Scheitern der Geschäftsverbindung mit dem ADGB wurden von der sowjetischen Seite verschiedene Begründungen vorgebracht. Dem Leiter des Rußlandreferates im Auswärtigen Amt, Ago von Maltzan, erklärte Lomonosov, er habe von Lenin die strikte Weisung, sich nicht in die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands zu mischen³². Das dürfte allerdings eher eine diplomatische Verbeugung vor dem konservativen, aber außenpolitisch rußlandfreundlichen von Maltzan gewesen sein. Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Presse, der eine derartige Begründung sicherlich kommentierenswert erschienen wäre, beschäftigte sich ausschließlich mit Viktor Kopp's Behauptung, die Provisionsforderung der Deutschen Ökonomiegesellschaft sei überhöht gewesen. In einer Presseerklärung, die der *Vorwärts* nur in Auszügen referierte, die *Freiheit* aber im Wortlaut abdruckte, führte Kopp aus, die verlangten zwei Prozent Provision hätten einen Betrag von 40 Millionen Mark ergeben, eine Forderung, der sich sogar eine kapitalistische Firma zu schämen hätte, geschweige denn eine proletarische Organisation³³.

Das *Korrespondenzblatt* und der *Vorwärts* erklärten demgegenüber, etwaige Gewinne wären voll und ganz der deutschen Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften zugute gekommen und sprachen von einer unsolidarischen „Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften“³⁴.

Auch der sowjetische Kontrakt mit den Unternehmern scheiterte schließlich, und zwar, so das *Korrespondenzblatt*, weil es nicht gelang, einen neutralen Treuhänder für die russischen Zahlungen zu finden, die in Gold erfolgen sollten. Ein solcher, den die Ökonomiegesellschaft bereits an der Hand gehabt hatte, wäre notwendig gewesen, um die bestehende Goldblockade zu umgehen³⁵. „Wir haben keine Ursache uns dessen zu freuen“, erklärte das *Korrespondenzblatt*, „denn dadurch ist Tausenden deutscher Arbeiter eine willkommene Arbeitsgelegenheit verlorengegangen und der so notwendige wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands hinausgeschoben.“³⁶

Sowjetrußland allerdings war für seine ökonomische Rekonstruktion nicht allein auf Deutschland angewiesen. Noch während der Verhandlungen über einen britisch-russischen Wirtschaftsvertrag erhielt der vormalige Kanonenfabrikant Armstrong den Auftrag zur Lieferung von 1500 Lokomotiven. Nach Aussagen Krassins war damit auch die Absicht verbunden, Armstrong und die bei ihm beschäftigten Arbeiter zu einer pressure group für den Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages zu machen³⁷.

Ob dieser Handel der eigentliche Grund dafür war, daß das deutsch-sowjetische Geschäft platzte, könnte nur durch entsprechende sowjetische Quellen beantwortet werden. Fest steht jedenfalls, daß der Vorgang dem sozialdemokratisch geführten ADGB keinen Anlaß gab, seine kritische Einstellung zur Sowjetregierung zu revidie-

³¹ „Ein in Frage gestellter deutsch-russischer Lieferungsvertrag“, LVZ Nr. 163 vom 18. 8. 1920.

³² Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 123.

³³ Freiheit Nr. 478 vom 12. 11. 1920; Vorwärts Nr. 556 vom 11. 11. 1920.

³⁴ Ebenda; „Sowjetlokomotiven“, Vorwärts Nr. 547 vom 5. 11. 1920; „Die Sowjetaktion...“, S. 677.

³⁵ Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 123.

³⁶ „Die Sowjetaktion...“, S. 677.

³⁷ Heller, Sowjetunion, S. 115.

ren. Wäre das Geschäft unter Beteiligung der Gewerkschaften zustandegekommen, hätte das gewiß erheblichen Einfluß auf das Verhältnis der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratie zu Sowjetrußland gehabt, denn es hätte neben der Arbeitsbeschaffung den Arbeiterorganisationen in einem konkreten Fall zu wichtigen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Produktionsprozeß verholfen³⁸. Derlei spielte aber für die sowjetische Seite von Anfang an keine Rolle. Der Internationale Gewerkschaftsbund, dessen größte Mitgliedsorganisation der ADGB war, wurde in der kommunistischen Propaganda als Vereinigung „gelber“ Gewerkschaftsverbände gebrandmarkt. Die zehnte der „21 Bedingungen“ machten es Mitgliedsparteien der Komintern zur Pflicht, den Bruch mit dem IGB zu propagieren und den Aufbau einer kommunistischen „roten“ Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen³⁹. Es gab daher keinen Grund, weshalb die deutschen Gewerkschaften ein privilegierter Geschäftspartner für die Sowjetunion hätten sein sollen. Die jeweiligen Vorstellungen über die Interessen der Arbeiterklasse waren zu unterschiedlich.

Die Bemühungen der Sozialdemokraten um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Sowjetrußland gingen indessen weiter. An dem Abkommen vom 6. Mai 1921, das die Tätigkeit der beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangene auf die Anbahnung wirtschaftlichen Austausches ausdehnte, hatten auch sie ihren Anteil. Moritz Schlesinger, der auf der deutschen Seite maßgeblich für das Zustandekommen des Abkommens war, schreibt einen erheblichen Anteil daran seiner Unterstützung durch Gustav Bauer, Otto Braun, Hermann Müller, Philipp Scheidemann und Otto Wels zu⁴⁰.

Reichspräsident Ebert allerdings fühlte sich übergangen. Er hatte, in Erinnerung an den Oktober 1918, Bedenken wegen der möglichen Verbreitung bolschewistischer Propaganda durch eine sowjetische Handelsdelegation⁴¹.

Bedenken hatte auch die sowjetische Regierung, und zwar gegen den als deutschen Vertreter in Moskau vorgesehenen ehemaligen Staatssekretär August Müller. Müllers Fehler, ließ die Sowjetregierung das Auswärtige Amt wissen, war seine SPD-Mitgliedschaft. An seiner Stelle ging daraufhin der Nationalökonom Wiedenfeld nach Rußland⁴².

Roter Imperialismus, neuer Kapitalismus: Georgien, Kronstadt, NEP

Die Zentristen sammeln sich

Unmittelbar nach der Spaltung der USPD setzten Bemühungen um einen internationalen Zusammenschluß der linkssozialdemokratischen Parteien ein. Der französische Sozialist Jean Longuet, der als Gastdelegierter am Parteitag von Halle teilgenommen hatte, informierte die USPD-Reichstagsfraktion am 18. Oktober, er sei bestrebt, in der zweiten Novemberhälfte in Bern eine Konferenz aller sozialistischen Parteien zu organisieren, die weder der Zweiten noch der Dritten Internationale angehörten⁴³. Diese

³⁸ Erdmann/Grieser, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 418.

³⁹ Braunthal, S. 559.

⁴⁰ Herbert Helbig: Die Träger der Rapallo-Politik. Göttingen 1958, S. 46.

⁴¹ Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 34f.

⁴² ADAP, Serie A, Bd. 5, S. 69f. (Reichsminister des Auswärtigen Rosen an Reichspräsident Ebert, Berlin 31. 5. 1921); von Blücher, Weg nach Rapallo, S. 149f.

⁴³ Fraktionsprotolle der USPD, Sitzung vom 18. 10. 1920.

Initiative fiel mit parallelen Bestrebungen einer Reihe anderer sozialistischer Parteien zusammen⁴⁴.

An der Konferenz, die dann Anfang Dezember in Bern stattfand, wurde ein Aufruf zur Gründung eines internationalen Zusammenschlusses linker sozialistischer Parteien verabschiedet, der sich gleichermaßen kritisch gegen die beiden bestehenden Internationalen wandte. Die Zweite Internationale sei aufgrund ihres Versagens im Ersten Weltkrieg zugrunde gegangen. Ihre jetzige Nachfolgeorganisation sei „nur noch ein Element der Zerstörung der Einheit im proletarischen Klassenkampf“. Ebenso wenig könne die Kommunistische Internationale ihrem Anspruch gerecht werden, das Werk der Ersten und der Zweiten Internationale fortzusetzen, solange sie an den Beschlüssen ihres zweiten Kongresses festhalte. Sie wolle diktatorisch „eine besondere, aus den Rußland eigentümlichen kulturellen Verhältnissen erwachsene Organisationsform den sozialistischen Parteien aller Länder aufzwingen“. Die Diktatur des Proletariats wurde als eine Übergangsphase zwischen kapitalistischem Klassenstaat und sozialistischem Gemeinwesen definiert⁴⁵.

Eindeutige Aussagen über die Formen dieser Diktatur finden sich in dem Aufruf nicht. Die Unschärfe ist auf die Absicht zurückzuführen, die Kommunisten auf keinen Fall auszugrenzen. Eine Verurteilung der Bolschewiki wurde daher vermieden. Die Kritik an ihnen beschränkte sich auf den Hinweis, daß sie ihren spezifisch russischen Weg für allgemeinverbindlich erklärten. Der Aufruf hob demgegenüber hervor, daß sich, „da die Stufe der kapitalistischen Entwicklung nicht in allen Ländern dieselbe ist, auch die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern in mannigfaltigen Formen vollziehen“ werde⁴⁶. Am selben Ort, nur knapp zwei Jahre später, setzte damit Friedrich Adler, dessen Werk der Aufruf im wesentlichen war⁴⁷, der Mehrheitserklärung über Demokratie und Diktatur der Berner Konferenz, gegen die er und Longuet so heftig opponiert hatten, eine Alternative entgegen. Implizit wurde damit dem russischen, bolschewistischen Weg zum Sozialismus die gleiche Legitimität zugesprochen wie der vorwiegend parlamentarischen Strategie der westlichen sozialdemokratischen Parteien. Die Erklärung der Unterschiede zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie als Konsequenz unterschiedlicher sozioökonomischer Ausgangssituationen und nicht als Folge gegensätzlicher Prinzipien blieb für den Austromarxismus und auch für die spätere linke Opposition in der SPD, die sich an ihm orientierte, im Grunde bis heute bestimmend⁴⁸. Doch bereits die Konferenz linkssozialdemokratischer Parteien im Februar 1921 in Wien, auf der die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) gegründet wurde, war von Begleitumständen geprägt, die die Tragfähigkeit der „zentristischen“ Position sehr in Zweifel zogen. Denn während der Tagung, die vom 22. bis 27. Februar dauerte, traf in Wien die Nachricht ein, die Rote Armee habe die Grenzen Georgiens überschritten und sei dabei, das Land zu erobern.

⁴⁴ André Donneur: *Histoire de l'Union des Partis Socialistes Pour l'Action Internationale*. Sudbury, Ontario 1967, S. 47–50; Braunthal, *Internationale*, S. 249.

⁴⁵ Prot. Soz. Konferenz Wien, S. 5–8; Braunthal, *Internationale*, S. 562–565.

⁴⁶ Prot. Soz. Konferenz Wien, S. 8.

⁴⁷ Wheeler, *USPD*, S. 272f.

⁴⁸ Vgl. Uli Schöler: *Otto Bauer und Sowjetrußland*. Berlin 1987, S. 55–58.

Die Rote Armee erobert Georgien

Georgien hatte sich gemeinsam mit Armenien und Aserbeidschan im April 1918 aus dem russischen Staatsverband gelöst und zunächst mit den beiden Nachbarstaaten eine „Transkaukasische Föderation“ gebildet, die jedoch schon bald an inneren Gegensätzen zerbrach⁴⁹. Am 7. Mai 1920 erkannte die Sowjetregierung in einem Friedensvertrag die georgische Unabhängigkeit an.

Die innenpolitische Situation war gekennzeichnet durch die absolute Dominanz der Menschewiki, die in Georgien von jeher eine Hochburg hatten. Eine ganze Reihe führender Politiker der russischen Sozialdemokratie kam aus Georgien, genannt seien nur Nikolaj Čcheidze und Iraklij Cereteli⁵⁰. Die von den russischen Menschewiki abgelehnte Unabhängigkeitserklärung Georgiens führte allerdings zum Abbruch der organisatorischen Beziehungen zwischen den russischen und den georgischen Sozialdemokraten⁵¹. Während die Russen mit der Zweiten Internationale brachen, verblieben die Georgier in ihr. Auf ihre Einladung kam im September eine Delegation nach Georgien, der so prominente Sozialdemokraten wie Vandervelde, MacDonald, de Brouckère, Kautsky und andere angehörten⁵². Karl Kautsky, der krankheitsbedingt erst später eintraf, hielt sich von Ende September bis Anfang Januar in Georgien auf, um die dortigen Verhältnisse zu studieren⁵³. Georgien war für die internationale Sozialdemokratie nicht nur deshalb von großem Interesse, weil die georgischen Menschewiki bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung fast 80 Prozent der Stimmen erhalten und damit 102 der 130 Sitze gewonnen hatten, sondern vor allem auch, weil hier in einem Land mit ähnlichen sozioökonomischen Verhältnissen wie Rußland eine alternative Politik zur bolschewistischen vorexerziert wurde. So führte Paul Axelrod in seinem Disput mit Martow Georgien als glänzendes Beispiel eines rückständigen Landes an, in dem die Arbeiterklasse politisch herrsche, ohne die durch die „bürgerlich-demokratische Entwicklungsphase“ bedingten objektiven Begrenzungen ihrer Politik zu verkennen⁵⁴. Und Karl Kautsky erklärte in einem für die georgische Presse verfaßten Artikel, Georgien habe gute Aussichten, zum revolutionären Vorbild für ganz Osteuropa und den Orient zu werden⁵⁵.

In dem Buch, das die literarische Frucht seines Aufenthaltes in der Kaukasusrepublik war, stellte Kautsky der georgischen Regierung ein äußerst günstiges Zeugnis aus, ohne die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes, vor allem die Währungskrise, zu übersehen⁵⁶.

⁴⁹ Von Rauch, Sowjetunion, S. 100. Zur weiteren Entwicklung: Ascher, Mensheviks, S. 40f.; Niko Imnaischwili: Die georgische Frage, in: SM vom 15. 7. 1929, S. 592–601, hier: S. 597.

⁵⁰ Braunthal, Internationale, S. 260.

⁵¹ Ascher, Mensheviks, S. 39.

⁵² Braunthal a. a. O.

⁵³ Karl Kautsky: Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Wien 1921. Die Angabe bei Krause, USPD, S. 237, Kautsky sei „über ein Jahr in Georgien geblieben“, ist falsch.

⁵⁴ Die russische Revolution, S. 193.

⁵⁵ Karl Kautsky: Aufgabe und Aussichten des Sozialismus in Georgien. Tiflis 18. 10. 1920. Manuskript im Nl. Kautsky, A 90. Vgl. auch das Geleitwort von E. Bernstein zu Noë Jordania: Marxismus und Demokratie. Ein Vortrag von Noë Jordania, Ministerpräsident der georgischen Republik, gehalten am 24. Juli 1918 vor dem Arbeiter- und Soldatenrat Tiflis. Berlin 1921, S. 10f. und S. A. Schmidt: Die kaukasischen Republiken, Vorwärts Nr. 31 vom 17. 1. 1920.

⁵⁶ Kautsky, Georgien, S. 31. Zur ökonomischen Situation siehe Wladimir, S. Woytinsky: Stormy

Durch ihre Agrarreform habe sie die „sympathische Neutralität“ der Bauernschaft gegenüber der industriellen Sozialisierung errungen⁵⁷. Die wesentlichen Elemente der Agrarreform waren Kautsky zufolge eine entschädigungslose Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Festlegung einer Obergrenze für Landbesitz und die Einführung eines staatlichen Vorkaufsrechtes bei Landverkäufen⁵⁸.

Von entscheidender Bedeutung war für Kautsky, daß ihre Reformpolitik im Rahmen eines parlamentarisch-demokratischen Systems durchgeführt wurde⁵⁹, und daß die georgischen Menschewiki nicht den Anspruch erhoben, eine sozioökonomisch rückständige Gesellschaft direkt in den Sozialismus führen zu wollen. Ein Parlament mit einer geradezu erdrückenden sozialdemokratischen Mehrheit – genau das entsprach nach Kautskys Auffassung dem wahren marxistischen Begriff der Diktatur des Proletariats. In Georgien war sie Wirklichkeit.

Allerdings nur bis Ende Februar 1921. Dann überschritten bolschewistische Truppen, die im Jahr zuvor schon die anderen beiden Transkaukasusrepubliken eingenommen hatten, die georgische Grenze und erstickten mit ihrer gewaltigen Übermacht binnen zweier Wochen die heftige Gegenwehr der Georgier⁶⁰.

Am dritten Tag der Wiener Konferenz der linkssozialdemokratischen Parteien, dem 24. Februar, gab Friedrich Adler bekannt, es sei ein Telegramm der Gewerkschaftskommission und des sozialdemokratischen Parteivorstandes Georgiens eingetroffen, in welchem deren Sicht des Überfalls auf Georgien durch die Bolschewiki mitgeteilt werde. Auf Initiative der beiden auf der Konferenz vertretenen russischen Parteien, der Menschewiki und der Linken Sozialrevolutionäre, wurde daraufhin eine Kommission eingesetzt, die sich mit den Ereignissen in Georgien befaßte⁶¹.

Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom. 1905–1960. New York 1961, S. 427.

⁵⁷ Kautsky, Georgien, S. 22 und 55.

⁵⁸ Ebenda, S. 23 ff.

⁵⁹ Ebenda, S. 30 f.

⁶⁰ Braunthal, Internationale, S. 260; Peter Lübke: Kommunismus und Sozialdemokratie. Eine Streitschrift. Berlin usw. 1978, S. 67–72.

⁶¹ Prot. Soz. Konferenz Wien, S. 55. Ein solches Telegramm befindet sich im Nl. Kautsky, KG 17,40. Es wurde am 21. Februar 1921 um 17.36 Uhr in Paris aufgegeben, ist von Iraklij Cereteli gezeichnet und war per Adresse der Wiener „Arbeiterzeitung“ an Karl Kautsky gerichtet. Cereteli fordert darin, die Wiener Konferenz müsse die Invasion in Georgien als einen imperialistischen Akt brandmarken und dagegen protestieren. An diesen Appell schließt sich die Wiedergabe des Telegramms der Gewerkschaftskommission und des sozialdemokratischen Parteivorstandes Georgiens an. R. Abramowitsch zufolge trafen bei der Wiener Konferenz zuerst Telegramme des georgischen Ministerpräsidenten Noë Jordania sowie des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission ein, dann auch ein Telegramm von Cereteli; Abramović, Men'seviki i socialističeskij internacional, S. 274 f. Cereteli scheint demnach in Paris dasselbe Telegramm empfangen zu haben, das an die Wiener Konferenz gerichtet war und dessen Inhalt er seinerseits telegraphisch an Kautsky übermittelte. Unklar ist dann allerdings, weshalb die Konferenz erst am 24. Februar von den georgischen Hilferufen in Kenntnis gesetzt wurde. „Leider kamen die Telegramme verspätet an“, schreibt Karl Kautsky (Georgien, S. 64). Doch scheint es merkwürdig, daß ein Telegramm aus Georgien, das bereits am 21. Februar Paris erreicht hat, in Wien erst zwei bis drei Tage später eingetroffen ist. Im übrigen wurde der Appell der georgischen Sozialdemokraten schon am 21. Februar in der Abendausgabe des Vorwärts abgedruckt. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die Verzögerung, mit der das Thema auf der Konferenz behandelt wurde, nicht technische, sondern politische Gründe hatte. Offenbar sollte ein konflikträchtiges Thema ausgeklammert werden. Zur

Zu einer entschiedenen Verurteilung des sowjetischen Vorgehens kam es auf der Gründungskonferenz der IASP jedoch nicht. Im Resolutionsentwurf der Kommission hieß es, „Moskauer Telegramme wie auch der Wiener Vertreter der Sowjetregierung“ behaupteten, daß es sich in Georgien um lokale Aufstände der einheimischen Bevölkerung handle und daß die Sowjetregierung ihre Vermittlung angeboten habe. Allerdings gehe aus diesen Mitteilungen hervor, daß die Aufständischen zum „Machtkreis der Sowjetregierung“ gehörten. Weiter wurde erklärt:

„Sollte es sich bewahrheiten, daß das große Rußland, regiert von einer kommunistischen Partei, gegen die kleine Nachbarrepublik Georgien einen Krieg, sei es direkt oder indirekt, führt, so würde dies den entschiedenen Protest des ganzen europäischen Proletariats hervorrufen müssen, welches nicht begreifen könnte, daß der Gegensatz zwischen zwei von Sozialisten regierten Staaten mit denselben Methoden ausgetragen wird, die imperialistischen Staaten eigen sind.“⁶²

Selbst diesen Protest im Konjunktiv machte sich die Konferenz aber nur mit halbem Herzen zueigen. Gegen fünf Stimmen, darunter die von Martow und Abramowitsch, wurde der Resolutionsentwurf auf Vorschlag Friedrich Adlers nur als Bericht „zur Kenntnis genommen“ und das Exekutivkomitee der IASP beauftragt, „die weitere Klarstellung der Verhältnisse durchzuführen und dazu Stellung zu nehmen“⁶³.

Dem waren intensive und kontroverse Auseinandersetzungen vorausgegangen. „Drei Tage schlugen wir uns in ‚privaten Unterredungen‘ herum, aber die Besorgnisse um die armen Bolschewiki verwirrte die deutschen, schweizerischen und englischen Delegierten so stark, daß es tatsächlich nicht gelang, eine Protestresolution durchzusetzen“, schrieb tief enttäuscht David Dalin nach der Konferenz an Paul Axelrod. Verbittert registrierte er, daß das mit der weiteren Klärung und Behandlung der Vorgänge beauftragte Exekutivkomitee auseinanderging, ohne tätig geworden zu sein⁶⁴.

Bei vielen der in Wien vertretenen Parteien herrschte noch dieselbe unreflektierte Sowjetbegeisterung wie in der USPD vor den „21 Bedingungen“⁶⁵. Sie konnten die Vorwürfe, die die georgischen Sozialdemokraten gegen die Bolschewiki erhoben, nicht

Zusammensetzung der Georgien-Kommission siehe Protokoll, S. 55. Von den Menschewiki nahmen außer dem dort aufgeführten Martow auch noch Abramowitsch und Dalin an den Kommissionsberatungen teil; Abramovič, Menševiki, S. 275. Auf Vorschlag des rumänischen Delegierten Georg Gregorovici war die ursprünglich berufene Kommission um weitere russische und lettische Delegierte ergänzt worden; Protokoll, S. 55. Die USPD entsandte Alfred Henke. Er war Vorsitzender des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates zur Zeit der kurzlebigen Bremer Räterepublik vom Januar 1919 gewesen; Winkler, Von der Revolution, S. 132 und S. 761. Henke war auch Mitglied der Zentralleitung der USPD – Wheeler, USPD, S. 271 –, aber angesichts der Tatsache, daß auch so prominente USPD-Mitglieder wie Ledebour, Hilferding und Crispian zur Wiener USPD-Delegation zählten – von denen Crispian eigene Eindrücke in Sowjetrußland hatte sammeln können, während Hilferding der intellektuelle Anführer der Komintern-Gegner gewesen war – ist die Entsendung Henkes in die Georgien-Kommission wohl auch ein Zeichen dafür, daß ihre Wichtigkeit nicht allzu hoch eingeschätzt wurde. Karl Kautsky, der die Wiener Konferenz nur als Gast verfolgte, nahm ebenfalls an den Verhandlungen der Kommission teil; Wheeler, USPD, S. 361, Fußnote 51.

⁶² Prot. Soz. Konferenz Wien, S. 115f.

⁶³ Ebenda, S. 106.

⁶⁴ Dalin an Axelrod, 1. 3. 1921, NI. Aksel'rod, A 9 XI [Übersetzung aus dem Russischen]. Dalin war von vorneherein mit wenig Hoffnungen nach Wien gegangen; vgl. Dalin an Axelrod, Berlin 14.2. 1921, a. a. O. Ähnlich wie er bewertete Martow das Ergebnis; vgl. Wolin, Mensheviks under the NEP, S. 285.

⁶⁵ Abramovič, Menševiki, S. 272.

glauben, und die sowjetische Seite verstand es geschickt, diese Sympathien für sich auszunutzen. Der Vertreter der Sowjetregierung in Wien, M. G. Bronskij, der von der Kommission herbeigerufen worden war, erklärte, von nichts zu wissen und die Vorwürfe nicht für wahr halten zu können. In den offiziellen Erklärungen der Sowjetregierung, über die die Presse berichtete, war von inneren Aufständen die Rede. Insbesondere der USPD-Vertreter Henke verfocht daher in der Kommission die Ansicht, der Vorwurf einer Invasion der Roten Armee sei nicht bewiesen⁶⁶. Neben der mangelnden Kritikfähigkeit gegenüber Sowjetrußland und der Wirkung der sowjetischen Desinformation ist ein dritter Faktor von entscheidender Bedeutung für die zögerliche Haltung der IASP zu dem sowjetisch-georgischen Konflikt: Die Mehrheit der vertretenen Parteien wollte nicht nur die Konferenz als eine Demonstration der Einigkeit gestalten und vorhandene Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund stellen⁶⁷, sie verstand sich vor allem auch als Keimzelle der künftigen internationalen und umfassenden Einigung des Proletariats. Der bewaffnete Überfall eines kommunistisch regierten Staates auf ein Land mit einer sozialdemokratischen Regierung mußte daher an die Wurzeln ihrer eben erst begonnenen Existenz rühren.

Daß der Auftakt der IASP nicht gerade vielversprechend war, sahen am klarsten die Menschewiki, die sich von vorneherein dem Prinzip „Einheit statt Klarheit“ widersetzt hatten⁶⁸. In ihrem soeben erst in Berlin ins Leben gerufenen Organ *Socialističeskij Vestnik – Sozialistischer Bote* – unterzogen sie die Konferenz von Wien einer kritischen Analyse. Die Delegierten, die sich einer klaren Verurteilung der sowjetischen Invasion widersetzt hatten, hätten sich auf die Unklarheit der Situation in Georgien berufen. Doch das, so meinte der Kommentator des *Socialističeskij Vestnik*, sei nicht das Entscheidende gewesen: „Sie sahen nicht, daß die ‚Unklarheit‘ nicht bezüglich konkreter Details bestand, sondern in den grundlegenden Tendenzen, die sich bei den Ereignissen im Osten gezeigt haben [...]“ Die in der Internationale Wirkenden hätten kein Recht, sich über die Versuche der Bolschewiki zur gewaltsamen Ausdehnung ihres Einflußbereiches, wie sie sich in Georgien aber etwa auch beim polnisch-sowjetischen Krieg gezeigt hätten, im „Unklaren“ zu sein, ebensowenig wie bei der Beurteilung der Frage, „ob es den Interessen des russischen Proletariats entspricht, wenn seine Freiheit mit Peitschen und Bajonetten unterdrückt wird“⁶⁹.

Weit weniger zögerlich als die Wiener Konferenz reagierte die SPD auf den sowjetischen Einmarsch in Georgien. Bereits in der Abendausgabe des *Vorwärts* vom 21. Februar war der Appell der georgischen Sozialdemokraten unter der Schlagzeile „Ein Hilferuf Georgiens. Rußland greift an“ abgedruckt. Der großen Mehrheit der Sozialisten Europas sei längst klageworden, daß der Sowjetmilitarismus genau denselben Gesetzen folge wie irgendein anderer Militarismus⁷⁰.

⁶⁶ Ebenda, S. 275.

⁶⁷ Ebenda, S. 271; vgl. auch Wheeler, USPD, S. 274f. Seine Bemerkung „Nur die sowjetische Invasion in das sozialdemokratische Georgien drohte einen Zusammenstoß zu verursachen, aber die Frage konnte weitgehend in der Kommission beigelegt werden“ (S. 274), ist ein weiteres Beispiel dafür, daß er die Bedeutung der Vorgänge in Sowjetrußland für die westlichen Sozialisten erheblich unterschätzt.

⁶⁸ Abramovič, Men'seviki, S. 271 f.

⁶⁹ „K venskoj konferencii“ [„Zur Wiener Konferenz“], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 4 vom 18. 3. 1921.

⁷⁰ *Vorwärts* Nr. 86 vom 21. 2. 1921.

Offensichtliche Orientierungsschwierigkeiten hatte dagegen die USPD-Presse. Einen Tag nach dem *Vorwärts* brachte die *Freiheit* eine kleine Meldung über die, so die Überschrift, „Russisch-georgische[n] Zwischenfälle“⁷¹. Erst am folgenden Morgen machte die *Freiheit* dann mit der Schlagzeile „Russischer Überfall auf Georgien“ auf und druckte auch den „Hilferuf der georgischen Sozialisten“⁷². Noch zurückhaltender gab sich die *Leipziger Volkszeitung*. Zwei kleine Meldungen vom 24. und 26. Februar gaben keine volle Klarheit über die Lage in Georgien⁷³. Erst am 7. März brachte das Blatt einen Protestaufruf der russischen Menschewiki gegen die Invasion und eine Darstellung der Vorgänge aus georgischer Sicht⁷⁴.

Das Büro der IASP, dem Friedrich Adler (Österreich), Robert Grimm (Schweiz), Georg Ledebour (Deutschland), Jean Longuet (Frankreich) und der Vorsitzende der britischen Independent Labour Party, Richard C. Wallhead, angehörten, entledigte sich erst in seiner Sitzung vom 8. bis 11. Juli 1921 seines Auftrages, sich über die Vorgänge in Georgien zu informieren und entsprechend Stellung zu nehmen. Bei der Sitzung wurden Nikolaj Čcheidze und Noë Ramischwili als Beauftragte der georgischen Sozialdemokratie empfangen. Sie schilderten die Entwicklung ihres Landes seit der Revolution von 1917 und die Zustände nach der Invasion. Demnach waren alle sozialdemokratischen Organisationen zerstört worden. 150 000 Soldaten der Roten Armee standen in Georgien. Das Büro der IASP stellte aufgrund dieses Berichts und des seit der Wiener Konferenz von beiden Seiten veröffentlichten Materials in dürren Worten fest, „daß es sich tatsächlich um einen Überfall der bolschewistischen Truppen aus rein militaristisch-strategischen Gründen gehandelt hat.“ Es seien also alle Gründe vorhanden, die „im Sinne des Berichtes der Wiener Konferenz den entschiedensten Protest des Weltproletariats gegen diesen Überfall vollauf rechtfertigen.“ Die sofortige Zurückziehung der bolschewistischen Truppen sei „eine selbstverständliche Forderung sozialistischer Gerechtigkeit“⁷⁵.

Bereits am 4. Juli hatte die Exekutive der Zweiten Internationale den geflohenen Ministerpräsidenten der georgischen Republik, Noë Jordania angehört. Die Exekutive wandte sich in einem Schreiben an die georgische Sowjetregierung und schlug ihr eine Volksabstimmung über die Regierungsform Georgiens vor, die von einer Kommission aus europäischen Sozialisten und Kommunisten überwacht werden sollte, was jedoch auf schroffe Ablehnung stieß⁷⁶.

Der Görlitzer Parteitag der SPD (18. bis 24. September 1921) verurteilte „auf das allerschärfste den brutalen Überfall Sowjetrußlands auf die demokratische Republik

⁷¹ *Freiheit* Nr. 88 vom 22. 2. 1921.

⁷² Ebenda, Nr. 89 vom 23. 2. 1921.

⁷³ „Die Lage in Georgien“, LVZ Nr. 46 vom 24. 2. 1921; „Verschärfung der Lage in Georgien“, LVZ Nr. 48 vom 26. 2. 1921.

⁷⁴ „An alle proletarischen Organisationen der Welt!“ und „Der Überfall auf Georgien“, LVZ Nr. 55 vom 7. 3. 1921.

⁷⁵ Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Nr. 3, Juli 1921, S. 4 f. Ein Auszug aus einem offenen Schreiben Ceretelis an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Europas in: Nachrichten der IASP Nr. 1, April 1921, S. 11 f. Vgl. ferner die umfangreiche Dokumentation: L'Internationale Socialiste et la Géorgie. Ed. du Comité Central du Parti Ouvrier Socialdemocratique de Géorgie. Paris 1921; Noë Jordania: Imperialismus unter revolutionärer Maske. Eine Antwort an Trotzki. Berlin 1922.

⁷⁶ Braunthal, Internationale, S. 261 f.

Georgiens und deren Vergewaltigung“. Er forderte den Rückzug der bolschewistischen Truppen und die Freilassung der verhafteten georgischen Sozialdemokraten⁷⁷. Nikolaj Čcheidze nahm als Gastdelegierter an dem Parteitag teil. In seiner Ansprache erklärte er, der Bolschewismus sei, wie ehemals der Zarismus, „die stärkste Stütze der Weltreaktion geworden, und keine reaktionäre Gewalt der Welt wäre jemals in der Lage gewesen, die sozialistische Bewegung so zu schädigen wie dies der Bolschewismus getan hat“⁷⁸. Die von Eduard Bernstein eingebrachte Protestresolution wurde durch die Verurteilung des reaktionären ungarischen Regimes ergänzt⁷⁹ und, nachdem der Beauftragte der aserbeidschanischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, Alibekoff, aus Baku eingetroffen war, auch noch durch die Verdammung der bolschewistischen Eroberung Aserbeidschans und Armeniens. Diese hätten aus rein imperialistischen Motiven gehandelt, nämlich um sich in den Besitz der Erdölquellen von Baku zu bringen, sagte Alibekoff⁸⁰. Auch der Parteitag der USPD in Leipzig nahm am 8. Januar 1922 ohne Debatte eine Resolution an, in der die Invasion in Georgien verurteilt wurde⁸¹.

Seit dem Einmarsch in Georgien wurde der Vorwurf des Imperialismus, der bereits im Zusammenhang mit dem polnisch-sowjetischen Krieg aufgetaucht war, zu einem Topos der sozialdemokratischen Bolschewismuskritik. „Nicht auf der Kraft des Proletariats beruht heute das sogenannte Sowjetregime, sondern auf der Kraft seiner Armee und auf der Ohnmacht des Proletariats gegenüber dieser Armee. [...] Damit entsteht in Rußland ein neuer Militarismus, aber auch ein neuer Imperialismus“, schrieb Kautsky⁸². Die Invasion offenbarte seiner Meinung nach den bonapartistischen Charakter der kommunistischen Herrschaft. Der Umstand, daß demgegenüber die Menschewiki den Bonapartismus noch als eine drohende Gefahr betrachteten, die durch die bolschewistische Politik verstärkt werde, zeigt, wie schwer es den Sozialdemokraten fiel, angemessene Begriffe zur Beschreibung des in Rußland bestehenden Systems zu finden, zumal auch der Begriff des „Bonapartismus“ nie eindeutig definiert wurde. Durch die Änderung des Wirtschaftskurses der kommunistischen Regierung wurden diese begrifflichen Schwierigkeiten nicht geringer.

Kanonen statt Argumente: Lenins Rückzug

In den Darstellungen der sowjetischen Geschichte markiert allgemein die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik, kurz NEP (Novaja Ekonomičeskaja Politika) genannt, auf dem zehnten Parteitag der KPR(b) vom 8. bis 16. März 1921 die Wende in der Wirtschaftspolitik. Aus der Sicht der zeitgenössischen Sozialdemokraten wurde der erste Schritt dazu jedoch bereits etwas früher getan, nämlich mit dem Dekret über die Konzessionen vom 23. November 1920. Dieses Dekret des Rates der Volkskommissare ermöglichte ausländischen Firmen die Ausbeutung russischer Naturschätze und die Errichtung eigener Betriebe in Rußland.

⁷⁷ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921. Berlin 1921 [Nachdr. Berlin, Bonn 1973], S. 391.

⁷⁸ Ebenda, S. 123.

⁷⁹ Ebenda, S. 393.

⁸⁰ Ebenda, S. 208.

⁸¹ Prot. USPD-PT Leipzig, 8. bis 12. 1. 1922, S. 86 [Protokolle der USPD Bd. 4. Glashütten 1976].

⁸² Kautsky, Georgien, S. 68.

Die erste Meldung des *Vorwärts* darüber trägt bezeichnenderweise die Überschrift „Kapitalismus in Rußland“ und ist mit einem sarkastischen Kommentar versehen: „Sowjetrußland hat den eigenen Kapitalismus totgeschlagen, aber dem ausländischen unterwirft es sich.“⁸³ Ein Leitartikler des SPD-Zentralorgans bezeichnete die Konzessionen als ersten Schritt, um die kapitalistische Entwicklung nachzuholen. Der Versuch, diese zu überspringen und sofort den Sozialismus aufzubauen, müsse damit allerdings als gescheitert betrachtet werden. Darin liege „eine ungeheure Tragik, aber auch eine erschütternde Warnung“⁸⁴. Die *Freiheit* hingegen zitierte ausführlich aus einer Rede Lenins, in der er das Dekret rechtfertigte. Sowjetrußland könne nicht allein den Kapitalismus der ganzen Welt stürzen und sei gezwungen, seine Lage zu befestigen. Das USPD-Organ attestierte Lenin, er verfolge damit eine realistische Politik⁸⁵. Mit der Beurteilung des Dekretes über die Konzessionen war die Meinungsbildung von SPD und USPD über die NEP schon wesentlich vorgeprägt.

Die Einführung der NEP war eine Reaktion auf die tiefe Krise, in der sich Sowjetrußland Anfang 1921 befand. Die Wirtschaftspolitik des sogenannten „Kriegskommunismus“, die durch weitgehende Verstaatlichungen, eine bewußte Abkehr von der Geldwirtschaft zu einem Tausch- und Rationierungssystem sowie die zwangsweise Ablieferung der von den Bauern erwirtschafteten Überschüsse gekennzeichnet war, und der fast dreijährige Bürgerkrieg hatten einen schweren wirtschaftlichen Notstand herbeigeführt⁸⁶. Es kam zu ausgedehnten Bauernaufständen, zu einer Welle von Streiks unter anderem in Petrograd im Februar 1921, von wo der Funke Anfang März auf die Kronstädter Garnison übersprang⁸⁷. Die Matrosen von Kronstadt strebten kein geringeres Ziel an als die Entmachtung des bürokratischen Parteiapparates, die „dritte Revolution“⁸⁸. Vom 2. bis 18. März konnten sich die Aufständischen in Kronstadt halten. Unter Trotzki's Oberkommando wurde der Aufstand mit unerbittlicher Härte niedergeschlagen und eine beträchtliche Anzahl der Beteiligten exekutiert⁸⁹.

Die deutschen Sozialdemokraten betrachteten die Revolte ebenso wie die Menschewiki skeptisch. Man glaubte nicht an ihren Erfolg und befürchtete, sie werde konterrevolutionären Kräften Vorschub leisten⁹⁰.

⁸³ *Vorwärts* Nr. 590 vom 2. 12. 1920.

⁸⁴ „Die russischen Konzessionen“, *Vorwärts* Nr. 610 vom 14. 12. 1920.

⁸⁵ *Freiheit* Nr. 517 vom 6. 12. 1920.

⁸⁶ *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 3. 1856–1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat. Hrsg. von Gottfried Schramm. 1. Halbband. Stuttgart 1983, S. 705–716; Hildermeier, *Russische Revolution*, S. 264–293.

⁸⁷ Heller, *Sowjetunion*, S. 94–101; von Rauch, *Sowjetunion*, S. 146–149.

⁸⁸ Fritjof Meyer: Sozialistische Opposition gegen Staatskapitalismus in Rußland, in: Rudi Dutschke und Manfred Wilke (Hrsg.): *Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke*. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 155–183, hier: S. 179.

⁸⁹ Heller, *Sowjetunion*, S. 100f.

⁹⁰ A. Grigorjanz: Die Krise der Sowjetregierung, in: *Vorwärts* Nr. 121 vom 13. 3. 1921. Mit dem Sturz der Bolschewiki und einer auf die Genossenschaften gestützten Bauerndemokratie rechnete Heinrich Cunow: Die Zersetzung des Bolschewismus, in: *NZ* Nr. 26 vom 25. 3. 1921; R. Abramowitsch: Die Krise in Rußland, in: *Freiheit* Nr. 111 vom 8. 3. 1921; ähnlich David Dalin: Der Aufstand von Kronstadt, in: *LVZ* Nr. 62 vom 15. 3. 1921. Donneur, *Histoire de l'UPS*, S. 140, bemerkt: „La signification profonde de l'incident de Cronstadt, révolte de ce proletariat que le parti communiste prétend incarner, paraît avoir échappé totalement aux leaders de l'UPS.“ Er übersieht die skeptischen Analysen des Kronstädter Aufstandes und überschätzt ihn in seiner Bedeutung. Er war ja keineswegs der erste Akt – auch bewaffneter –

Die *Freiheit* nannte den Aufstand am 18. März 1921 „geschichtlich betrachtet eine Episode, deren Verlauf nicht zweifelhaft sein konnte“, doch wies sie zugleich darauf hin, daß die Unruhe in der Arbeiterschaft die Bolschewiki dazu zwingen werde, „ihre Regierungsmethoden radikal zu ändern“. Ein Wandel habe sich bereits auf dem Parteitag der russischen Kommunisten angedeutet. Die dort beschlossenen Maßnahmen, die Ersetzung der Requisition der agrarischen Überschußproduktion durch eine Naturalsteuer, die Wiederzulassung des Handels und kleiner und mittlerer Privatunternehmen sowie die Ermutigung ausländischer Kapitalisten zu Investitionen in Sowjetrußland wurde von der *Freiheit* allerdings als „völlige Kapitulation vor den besitzenden Klassen eingestuft“⁹¹. In der SPD fühlte man sich durch die Einführung der NEP Rußland vollkommen bestätigt. Der *Vorwärts* sah die Bolschewiki „auf dem Wege zum Opportunismus“. Ihre Abkehr von der Utopie der sofortigen Errichtung des reinen Sozialismus sei für die deutsche Sozialdemokratie „eine glänzende Rechtfertigung ihrer Politik, die auf Erreichung des Möglichen, auf Erringung des Sozialismus durch das Mittel der Demokratie gerichtet war und ist“⁹².

Bestätigt fühlten sich auch die Menschewiki, die in der USPD-Publizistik schon weithin die Kommentierung der russischen Ereignisse übernommen hatten. Schon in ihrem Programm vom Frühjahr 1920 „Was ist zu tun?“ hatten sie genau die Maßnahmen gefordert, die die Bolschewiki jetzt ergriffen. Noch auf dem achten Sowjetkongreß Ende Dezember hatte Lenin die Vertreter der Menschewiki deswegen scharf angegriffen⁹³. „Was sozialistische Kritik, marxistische Einwände und Argumente nicht bewirken konnten, das haben die Stimmen der Kanonen zustande gebracht“, schrieb Raphael Abramowitsch in der USPD-Zeitschrift *Der Sozialist*⁹⁴. Er begrüßte die ökonomischen Reformen, die jedoch seiner Meinung nach nicht ausreichten, um die Bauernschaft in den Stand des „gegenseitigen Desinteresses“ von 1917 zurückzusetzen. Nur durch eine Verständigung mit den Bauern sei aber die Rettung der russischen Revolution möglich. Auf den Verzicht auf die utopische Agrarpolitik müsse daher ein politisches Bündnis aller revolutionären Parteien der Bauernschaft und der Arbeiterklasse folgen⁹⁵.

Zaghafte Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Sowjetregimes im Zuge der NEP hegten etwa auch der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer und der menschewistische Journalist Paul Olberg, die darauf hinwiesen, daß die beabsichtigte Entwicklung des Kapitalismus in Rußland ohne rechtsstaatliche Strukturen nicht möglich sei⁹⁶. Auch

Arbeiteropposition gegen die bolschewistische Herrschaft, sondern allenfalls der spektakulärste.

⁹¹ „Kronstadt eingenommen“, *Freiheit* Nr. 130 vom 18. 3. 1921.

⁹² „Der Umschwung der russischen Agrarpolitik“, *Vorwärts* Nr. 160 vom 6. 4. 1921. Ähnlich: Heinrich Cunow: Der Bankrott des Bolschewismus, in: *NZ* Nr. 4 vom 22. 4. 1921, S. 73–80 und Nr. 5 vom 29. 4. 1921, S. 107–112; „Das bolschewistisch-kapitalistische Rußland“, *SPK* Nr. 5 vom 15. 5. 1922.

⁹³ Dallin, *Between the World War and the NEP*, S. 237; Raphael Abramowitsch: *Die Sowjetrevolution*. Hannover 1963, S. 207; Paul Olberg: *Die Bauernrevolution in Rußland. Die alte und die neue Politik Sowjetrußlands*. Leipzig 1922, S. 67f.

⁹⁴ R. Abramowitsch: Bolschewistische Bauernpolitik, in: *Der Sozialist* Nr. 14 vom 9. 4., S. 326–330, Nr. 15 vom 16. 4., S. 344–346 und Nr. 16 vom 23. 4. 1921, S. 364–367, hier: S. 364.

⁹⁵ Ebenda, S. 365.

⁹⁶ Otto Bauer: *Der „neue Kurs“ in Sowjetrußland*. Wien 1921, S. 27; Olberg, *Bauernrevolution*, S. 74.

Heinrich Ströbel sprach davon, der Bolschewismus beginne seine Fehler einzusehen, „wenn vorläufig leider auch erst in wirtschaftlicher Beziehung“, und plädierte für eine Aussöhnung mit Menschewiki und Sozialrevolutionären⁹⁷.

Daß aber die Kommunisten keineswegs dabei waren, sich zu „sozialdemokratisieren“, erfuhren neben den oppositionellen russischen Sozialisten, die auf Lenins Geheiß mit der Einführung der NEP verschärft verfolgt wurden⁹⁸, zuerst die deutschen Sozialdemokraten. In der zweiten Märzhälfte brach in Mitteldeutschland die KPD einen Aufstand vom Zaun. Obwohl der Generalstreikaufruf der KPD kaum befolgt wurde und die Erhebung an fehlender Resonanz in der Arbeiterschaft scheiterte, forderte er doch rund 145 Menschenleben⁹⁹. „Der Termin ist von Moskau gesteckt worden“, erklärte der *Vorwärts*, und die *Freiheit* zitierte die *Wiener Arbeiterzeitung* mit der Aussage, man habe „dort eben jetzt, da man im eigenen Lande die Arbeiter gewaltsam niederhalten, die Matrosen, einst die Kerntuppe der Roten Armee, blutig niederwerfen, die Bauern durch Preisgabe der sozialistischen Getreidebewirtschaftung beruhigen, die revolutionäre Außenpolitik aufgeben muß, ein doppelt starkes Bedürfnis, den erschütterten Glauben an die kommunistische Weltbewegung durch revolutionäre Ausbrüche im Ausland zu festigen“¹⁰⁰.

Daß die „März-Aktion“ eine Entlastungsoffensive für das krisengeschüttelte Sowjetrußland sein sollte, hat die moderne historische Forschung bestätigt. Sie betont allerdings auch, daß der Aufstand nicht allein auf Moskauer Kommando, sondern auch durch den Aktionsdrang der KPD-Führung ausgelöst wurde, für die aber die Unterstützung der Sowjetregierung das zentrale Motiv war¹⁰¹.

Die deutschen und die russischen Kommunisten wurden von den beiden sozialdemokratischen Parteien, die schon bei den ersten Anzeichen vor dem Aufstand gewarnt hatten, für die Todesopfer und das Schicksal der über 34 000 Verhafteten verantwortlich gemacht. Rudolf Hilferdings Vorhersage vom USPD-Parteitag in Halle, Moskau werde die deutsche Sektion der Dritten Internationale zu Entlastungsaufständen anstiften, war eingetroffen. Mit der „März-Aktion“ hatte sich die KPD in den Augen der SPD als bloßes Werkzeug der sowjetischen Politik diskreditiert.

„Helft dem russischen Volk!“

Während die Sowjetregierung die politische Krise vom Februar/März überwinden konnte, erreichten die ökonomischen Probleme ihren Höhepunkt erst mit der katastrophalen Hungersnot im Sommer 1921. Karl Ballods Prognose von der USPD-Reichskonferenz im September 1920 wurde bestätigt¹⁰². Infolge einer Dürre hatten die Bauern

⁹⁷ Heinrich Ströbel: Die Aufgaben der Arbeiter-Internationale. Berlin 1922, S. 23 und S. 25.

⁹⁸ Abramovič, Men'sheviki, S. 278; Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 123.

⁹⁹ Winkler, Revolution, S. 514–518. Umfassend mit sozialgeschichtlicher Perspektive: Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt a. M. usw.

¹⁰⁰ „Verzweiflungsstrategie“, Vorwärts Nr. 141 vom 25. 3. 1921; „Zwischen Hörsing und Brandler“, Freiheit Nr. 143 vom 27. 3. 1921; vgl. auch „Politische Hysteriker“, ebenda, Nr. 134 vom 21. 3. und „Laßt euch nicht provozieren“, ebenda, Nr. 135 vom 22. 3. 1921.

¹⁰¹ Winkler, Revolution, S. 514 f.; Koch-Baumgarten, Avantgarde, S. 114–124.

¹⁰² Siehe S. 123.

keine Vorräte mehr. Wenn sie der drohenden Katastrophe wirksam begegnen wolle, hatte Ballod ausgeführt, müsse die Sowjetregierung alsbald die Methoden ihrer Wirtschaftspolitik ändern. Das war geschehen, aber erst im März 1921. Angesichts des Ausmaßes der Hungersnot, der mindestens fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind¹⁰³, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß Sowjetrußland auch bei einer frühzeitigen Änderung seiner Agrarpolitik aus eigener Kraft mit der Hungerkatastrophe fertig geworden wäre. Im Sommer 1921 jedenfalls konnte Hilfe nur noch aus dem Ausland kommen.

In das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland trat der Hunger in Rußland Mitte Juli, nachdem Maxim Gorki ein Telegramm an Gerhart Hauptmann geschickt hatte, in dem der russische Schriftsteller seinen deutschen Kollegen bat, sich für Hilfssendungen von Brot und Medikamenten einzusetzen¹⁰⁴. Gorkis Appell fand großen Widerhall. Am 23. Juli forderte die Zentrale der KPD die sozialdemokratischen Parteien und den ADGB zur Bildung eines gemeinsamen Hilfskomitees auf. SPD und ADGB lehnten ab und beteiligten sich stattdessen an der Gründung einer breiter angelegten Hilfsorganisation, der auch Vertreter der Banken und der Industrie sowie bekannte Wissenschaftler angehörten¹⁰⁵. Zur Hilfe für die Hungernden riefen auch die Auslandsvertretung der Menschewiki und das ZK der USPD auf¹⁰⁶. Die USPD hielt zunächst noch Kontakt zu dem kommunistisch gelenkten Komitee „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“. Nachdem aber der Internationale Gewerkschaftsbund am 13./14. August beschlossen hatte, einen zentralen Fonds für die Rußlandhilfe zu schaffen, schloß sich die USPD ebenso wie die SPD dieser Aktion an¹⁰⁷.

In den zahlreichen Hilfsaufrufen, die in der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspresse erschienen, wurde immer wieder betont, man müsse den Opfern der Hungersnot ohne Rücksicht auf die politischen Differenzen mit den Bolschewiki helfen¹⁰⁸. Dennoch hatte die Hungerhilfe von Anfang an neben der humanitären eine politische Dimension. So reihte sich die KPD nicht in die IGB-Aktion ein, sondern führte ihr eigenes Hilfskomitee weiter. Dieses stand unter der Leitung des ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Jugendinternationale, Willi Münzenberg, und bildete die Keimzelle der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH), die die Hilfeleistung bis zur Gründung und zum Betrieb eigener Unternehmen in Sowjetrußland ausdehnte¹⁰⁹. Mit

¹⁰³ Heller, Sowjetunion, S. 113; von Rauch, Sowjetunion, S. 150.

¹⁰⁴ „Rußlands Hungerkatastrophe“, Vorwärts Nr. 334 vom 18. 7. 1921; „Ein Hilferuf aus Moskau“, Freiheit Nr. 330 vom 18. 7. 1921.

¹⁰⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 2, Bd. 7,1. Berlin (O) 1966, S. 526f.

¹⁰⁶ „Helft den russischen Arbeitsbrüdern!“, Freiheit Nr. 345 vom 27. 7. 1921 und Nr. 347 vom 28. 7. 1921.

¹⁰⁷ „Triumph der Solidarität“, Freiheit Nr. 378 vom 16. 8. 1921. Die Entschließung des IGB ist im Vorwärts Nr. 382 und in der Freiheit Nr. 378 vom 15. 8. 1921 abgedruckt. Zur Entstehung der IGB-Hilfsaktion siehe Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, S. 339f., Fußnote 7.

¹⁰⁸ Z. B. A. Grigorjanz: Die russische Hungersnot, in: Vorwärts Nr. 365 vom 5. 8. 1921.

¹⁰⁹ Zu Münzenberg die Biographie seiner Lebensgefährtin Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967. Ein Überblick über die IAH-Unternehmen in Rußland in: Werner Beitel, Jürgen Nötzold: Technologietransfer und wirtschaftliche Entwicklung. Berlin 1979, S. 78–82. Ju. A. L'vunin, I. S. Poljanskij: Pis'ma V. I. Leninu o dejatel'nosti mežrabo-pma 1921–1922, in: Istorija SSSR 6/1973, S. 96–108.

der Aufrechterhaltung einer eigenen Hilfsorganisation sollte die Solidarität mit den Hungernden gemäß einer Direktive des EKKI dazu ausgenutzt werden, die Anhängerschaft der KPD zu verstärken¹¹⁰.

Aber auch die Sozialdemokraten beschränkten sich nicht allein auf die Hungerhilfe. Am 29. Juli brachten der *Vorwärts* und die *Freiheit* einen gemeinsamen Aufruf von Eduard Bernstein (SPD) und Karl Kautsky (USPD), in dem sich die beiden für eine Hungerhilfe ohne Vorbedingungen aussprachen. Sie erinnerten aber zugleich daran, daß die von der Roten Armee eroberten Gebiete – also auch Georgien – ebenfalls vom Hunger bedroht waren und erklärten: „Was sie brauchen, ist die Freiheit, sich selbst zu helfen, ist der Abmarsch der roten Armeen und die Möglichkeit freier Selbstverwaltung.“ Auch Rußland selbst sei ohne größere Freiheit für die tatkräftigen Elemente der Nation nicht zu retten¹¹¹. In Bochum ging eine USPD-Versammlung noch weiter und verband die Bereitschaft zur Hungerhilfe mit der Forderung nach Freilassung der inhaftierten Sozialisten in Rußland¹¹². Wenn Bernstein und Kautsky die Hoffnung gehegt haben sollten, die Sowjetregierung werde die Unterdrückung Andersdenkender mildern, um Mitstreiter im Kampf gegen den Hunger zu finden, so wurden sie enttäuscht. Bei der Bildung eines Allrussischen Hilfskomitees unter Vorsitz von Lew Kamenew wurden Menschewiki von vorneherein nicht zugelassen. Seine bürgerlichen Mitglieder wurden im August verhaftet und die meisten von ihnen Anfang 1922 zur Ausreise gezwungen¹¹³. Die Bolschewiki erinnerten sich offenkundig noch sehr gut daran, welchen Auftrieb die Unterstützungsaktionen in der Hungersnot von 1891/92 und die Hilflosigkeit der staatlichen Behörden der antizaristischen Opposition verliehen hatten¹¹⁴.

In der SPD wurde die Hungersnot als Offenbarung des politischen Bankrotts der Bolschewiki begriffen: „Wenn Sozialismus Steigerung der Produktion, Nationalisierung der Wirtschaft, sinnvollster Ausbau der Organisation ist, dann stirbt die Wolgabevölkerung im bolschewistischen Rußland nicht am Sozialismus, sondern umgekehrt am Fehlen alles dessen, was das Wesen des Sozialismus ausmacht“, schrieb der *Vorwärts*¹¹⁵.

Die USPD war dagegen viel mehr von der Sorge bewegt, Sowjetrußland könne in Not und Chaos untergehen, was eine Stärkung der Reaktion in ganz Europa zur Folge haben würde. Die *Freiheit* folgerte daher, es gelte nicht nur, den Hunger zu stillen, sondern auch, die Machtstellung des russischen Proletariats zu schützen, die von der nackten, erbarmungslosen Not unterdrückt werde¹¹⁶. Kritik wurde in diesem Zusammenhang vor allem an dem interalliierten Hilfskomitee geübt, dessen Vorsitzenden Noulens, dem ehemaligen französischen Botschafter in Rußland, die Sowjetregierung vorwarf, er habe seinen Diplomatenstatus dazu benutzt, gegenrevolutionäre Erhebun-

¹¹⁰ Korrespondenzblatt des ADGB Nr. 37 vom 10. 9. 1921, S. 518.

¹¹¹ „Zum Hilfswerk für das hungernde Rußland“, *Vorwärts* Nr. 353 und *Freiheit* Nr. 349 vom 29. 7. 1921.

¹¹² „Das hungernde Rußland. Kommunisten lehnen die Hilfe für Rußland ab.“, *Freiheit* Nr. 360 vom 4. 8. 1921.

¹¹³ Abramowitsch, *Sowjetrevolution*, S. 198; Heller, *Sowjetunion*, S. 114; von Rauch, *Sowjetunion*, S. 150f.; Broido, *Lenin and the Mensheviks*, S. 129.

¹¹⁴ *Handbuch der Geschichte Rußlands*, S. 279; Hildermeier, *Russische Revolution*, S. 36f.

¹¹⁵ „Rußlands Hungerkatastrophe“, *Vorwärts* Nr. 338 vom 20. 7. 1921. Ähnlich: Friedrich Stampfer: *Das Görlitzer Programm*. Erläutert von Friedrich Stampfer. Berlin 1922, S. 21f.

¹¹⁶ „Das Kinderelend in Rußland“, *Freiheit* Nr. 440 vom 20. 9. 1921.

gen und ausländische Invasionen zu inspirieren und zu organisieren¹¹⁷. „Ein Untergang Sowjetrußlands wäre ein Unglück für Europa!“ hatte es auch in einem Aufruf des IGB geheißsen, den die SPD-Presse allerdings nicht veröffentlichte¹¹⁸.

Trotz der politischen Differenzen im Zusammenhang mit der Hungerhilfe waren es Sozialdemokraten und Kommunisten, die in einer turbulenten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 18. August 1921 gemeinsam eine Unterstützungszahlung in Höhe von 100 000 Mark für Rußland durchsetzten¹¹⁹. Bereits eine Woche zuvor, am 10. August, hatte der Stadtrat von Nürnberg mit den Stimmen seiner sozialistischen Mehrheit beschlossen, 50 000 Mark aus Stadtmitteln für die Hilfsaktion zur Verfügung zu stellen¹²⁰.

Den Hauptbeitrag zur internationalen Hilfe für die Hungernden leistete die American Relief Administration (ARA) unter dem späteren Präsidenten Herbert Hoover. Doch auch die Leistungen des IGB und der deutsche Anteil daran sind nicht gering einzuschätzen, vor allem, wenn man die schwierige wirtschaftliche Lage in Europa bedenkt. Sie wurden allerdings nach Angaben Willi Münzenbergs von den Leistungen der Internationalen Arbeiterhilfe EKKI (IAH) erheblich übertroffen. Bis zum 15. Januar 1922 waren in den IGB-Hilfsfonds aus Deutschland 83 585,75 Gulden eingegangen, nach dem damaligen Wechselkurs also 6 237 667 Mark. Insgesamt waren bis zu diesem Zeitpunkt 1 312 796,31 Gulden gespendet worden¹²¹. Die IAH hatte hingegen laut Willi Münzenberg bis zum 1. Juni 1922 5 214 513 Mark und 15 Millionen Mark Sachspenden aufgebracht¹²². Ein zeitgenössischer Bericht der *Pravda*, auf den sich der Historiker Michail Heller beruft, nennt etwas andere Relationen. Heller schreibt: „Im Mai 1922 versorgte die ARA 7 099 574 Menschen, die amerikanischen Quäker 265 000, die Internationale Kinderhilfsorganisation 259 751, das Nansen-Komitee 138 000, das Schwedische Rote Kreuz 87 000, das Deutsche Rote Kreuz 7 000, die englischen Gewerkschaften 92 000, die Internationale Arbeiterhilfe 78 011 Menschen.“¹²³ Der IGB wird hier gar nicht erwähnt. Da jedoch auch die Hilfeleistungen der englischen Gewerkschaften in den gemeinsamen IGB-Fonds flossen, ist wohl dieser gemeint.

SPD und USPD stellten ihre Hilfsaufrufe bis etwa Anfang 1922 ein. Auch die IGB-Aktion erlahmte 1922 zunehmend und wurde zum Jahresende beendet¹²⁴. Die IAH

¹¹⁷ „Tschitscherin über die Rußlandhilfe des Obersten Rates“, Freiheit Nr. 422 vom 9. 9. 1921; „Internationale Hilfskonferenz für Rußland“, Freiheit Nr. 470 vom 7. 10. 1921. Noulens hatte enge Beziehungen zu den Sozialrevolutionären und wahrscheinlich auch den Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre vom Juli 1918 unterstützt; von Rauch, Sowjetunion, S. 88 und S. 110.

¹¹⁸ Gross, Münzenberg, S. 130; „Kampf gegen die Reaktion, Hilfe dem russischen Volk“, Freiheit Nr. 435 vom 17. 9. 1921. Ein Entwurf des ADGB-Vorsitzenden Leipart für den ersten Hilfsaufruf, der scharfe Angriffe auf die Sowjetregierung enthalten hatte, war nicht zum Zuge gekommen; vgl. Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, S. 339f., Fußnote 7.

¹¹⁹ Vorwärts Nr. 389 vom 19. 8. 1921, 1. Beilage und „Prügelszenen im Rathaus“, Freiheit Nr. 385 vom 19. 8. 1921.

¹²⁰ „Nürnberg opfert für Rußland“, Vorwärts Nr. 376 vom 11. 8. 1921.

¹²¹ Korrespondenzblatt des ADGB Nr. 12 vom 25. 3. 1922, S. 160.

¹²² Willi Münzenberg: Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland. Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit. Berlin 1922, S. 19.

¹²³ Heller, Sowjetunion, S. 113.

¹²⁴ Münzenberg, Brot, S. 7 und S. 9. Die Durchsicht der sozialdemokratischen Zentralorgane bestätigt Münzenbergs Angaben. Vgl. auch Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, S. 622–686, hier: S. 666.

hingegen beschloß im Januar 1923, die Kampagne für Sowjetrußland auch nach dem Abschluß der Hungerhilfe unter der Parole „Produktive Wirtschaftshilfe“ weiterzuführen. Sie fand auch einige Sozialdemokraten als Unterstützer¹²⁵. Der Sozialdemokratie insgesamt fehlte dazu jedoch der Antrieb der emotionalen Identifikation mit Sowjetrußland.

Der Hungerstreik der Butyrki-Häftlinge

Ende 1921 veröffentlichte der aus der KPD ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende dieser Partei, Paul Levi, Rosa Luxemburgs 1918 im Breslauer Gefängnis entstandene Schrift „Die russische Revolution“¹²⁶. Diese Publikation war sensationell, denn die Vordenkerin und Märtyrerin der KPD zeigte sich darin als scharfe Kritikerin der Bolschewiki. Neben deren Agrar- und Nationalitätenpolitik tadelte sie vor allem die Beseitigung der Freiheitsrechte, wengleich sie diesen „Fehler“ relativierte, indem sie ihn auf den militärischen Druck, unter dem die Bolschewiki standen, zurückführte¹²⁷. Ihre Ausführungen über Demokratie und Diktatur ließen Rosa Luxemburg den deutschen und russischen Sozialdemokraten als Kronzeugin ihrer eigenen Auffassungen erscheinen. Sie zitierten in ihren Organen ausführlich aus der Broschüre und attestierten der Autorin bestes sozialdemokratisches Denken¹²⁸. Das rief ihre kommunistischen Kampfgefährten Adolf Warski und Clara Zetkin auf den Plan, die erklärten, daß Rosa Luxemburg nach der Entlassung aus dem Gefängnis den Anschluß an die Bolschewiki gefunden habe und ihre Kritik eine Folge ihrer Isolation in der Haft gewesen sei. Sie beriefen sich dabei in erster Linie auf Rosa Luxemburgs Aktionen und Schriften während der Novemberrevolution, als sie sich gegen eine Nationalversammlung, für das Rätesystem und auch für revolutionäre Gewalt ausgesprochen habe¹²⁹. Tatsächlich hatte sie in einem in der Publikation von 1921 nicht enthaltenen Fragment schon im Oktober 1918 den Bolschewiki bescheinigt, den Weg zur Weltrevolution gebahnt zu haben. Vor diesem historischen Verdienst, so schrieb sie, „verschwinden wesenlos alle besonderen Irrtümer und Fehler der Bolschewiki“¹³⁰. Alexander Stein nannte diese

¹²⁵ Edgar Lersch: Die auswärtige Kulturpolitik der Sowjetunion in ihren Auswirkungen auf Deutschland 1921–1929. Frankfurt a. M. 1979, S. 53 f.

¹²⁶ Levis Publikation folgte dabei einer unkontrollierten Abschrift. Nachdem das Originalmanuskript dem Frankfurter Institut für Sozialforschung zugegangen war, stellte Felix Weil eine textkritische Untersuchung an und veröffentlichte Fragmente der Schrift, die in Levis Ausgabe nicht vorhanden waren. Felix Weil (Hrsg.): Rosa Luxemburg über die russische Revolution. Einige unveröffentlichte Manuskripte, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung hrsg. von Carl Grünberg. Jg. 8 (1928) (Nachdr. Graz 1966), S. 285–298.

¹²⁷ Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Politische Schriften. Bd. 3. Frankfurt a. M. 1968, S. 106–141, hier: S. 135–140.

¹²⁸ „Die Stimme Rosa Luxemburgs. Kritik des Bolschewismus“ und „Demokratie als Diktatur“, Vorwärts Nr. 597 vom 19.12. und Nr. 601 vom 21. 12. 1921; „Rosa Luxemburg gegen den Bolschewismus“ und „Rosa Luxemburg gegen Dekretherrschaft und Terror“, Freiheit Nr. 592 vom 20.12. und Nr. 594 vom 21. 12. 1921. „Golos iz mogily“ [„Die Stimme aus dem Grab“], Socialističeskij Vestnik Nr. 1 vom 1. 1. 1922.

¹²⁹ A. Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. Hamburg 1922; Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution. Hamburg 1922, insbes. S. 61–102.

¹³⁰ Vgl. Weil, Luxemburg, S. 289 f.

Haltung eine „Verbeugung vor einer Illusion, deren Hohlheit sie selber durch ihre schonungslose ‚menschewistische‘ Kritik in ihrer Broschüre entlarvt hat, und sprach von einem tragischen Widerspruch in Rosa Luxemburgs Wesen“¹³¹.

Daß Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden sei, wie Rosa Luxemburg geschrieben hatte¹³², war jedenfalls kein bolschewistischer Grundsatz. Die Einführung der NEP hatte Lenin mit der Ankündigung begleitet, von nun an werde man die Menschewiki und Sozialrevolutionäre „behutsam im Gefängnis halten“¹³³. In einem Aufruf an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften vom 28. Mai 1921 schilderten Martow und Abramowitsch die neue Verfolgungswelle gegen die oppositionellen Sozialisten. An die 2000 Mitglieder allein der Sozialdemokratischen Partei seien inhaftiert. Die Gefängnisse seien überfüllt, die hygienischen Verhältnisse untragbar. Zwei Genossen seien infolgedessen bereits an Krankheiten gestorben. Im Moskauer Butyrki-Gefängnis seien Gefangene brutal geschlagen und Scheinhinrichtungen unterworfen worden. Die Appellanten forderten im Namen der proletarischen Solidarität zu Spenden für die Unterstützung der Verfolgten und ihrer Familien auf.¹³⁴ Der Aufruf hatte eine gute Resonanz. Der *Vorwärts*, die *Freiheit*, die *Leipziger Volkszeitung* und die gesamte USPD-Provinzpresse druckten ihn ebenso ab wie verschiedene sozialistische Zeitungen Frankreichs, Österreichs, der Schweiz und anderer Länder.¹³⁵ Ende Juli waren über 9000 Mark an Spenden eingegangen.¹³⁶ Dann allerdings wurde die Aufmerksamkeit für die verfolgten Sozialisten von der Hilfsaktion für die Hungernden Rußlands völlig verdrängt.

Unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit spitzte sich die Lage der sozialistischen Häftlinge, die ohne Gerichtsurteil zum Teil schon anderthalb Jahre inhaftiert waren, zu. Am 4. Januar begannen die im Moskauer Butyrki-Gefängnis inhaftierten Menschewiki, denen die Verbannung nach Turkestan drohte, einen unbegrenzten Hungerstreik mit der Forderung nach Freilassung oder einem offenen Gerichtsverfahren¹³⁷. Bereits zwei Tage später war die sozialdemokratische Presse in Deutschland davon informiert. Lev Lande, ein 20jähriger Aktivist der Moskauer sozialdemokratischen Jugend, hatte in einem verschlüsselten Telegramm seinen in Berlin lebenden Vater über den Hungerstreik informiert¹³⁸.

¹³¹ Alexander Stein: Sowjetrußland und Europa. Karlsbad o. J. [1936], S. 39f. Vgl. auch: A. Stein: Rosa Luxemburg und der Kommunismus. Typoskript (New York 1948) im Nl. Stein, IISG Amsterdam, Mappe 39. Zu ähnlichen Einschätzungen kommen: Manfred Scharer: Von Erfurt nach Moskau. Ein ideengeschichtlicher Beitrag zu den Ursachen und Folgen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1919, in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband für Theo Pirker. Opladen 1984, S. 55–69; Gesine Schwan: Rosa Luxemburgs Stellung zu Freiheit und Sozialismus, in: GWU 39 (1988), S. 543–547.

¹³² Luxemburg, *Russische Revolution*, S. 134.

¹³³ Abramović, *Menševiki*, S. 278.

¹³⁴ Nachrichten der IASP, Juni 1921, S. 7f.

¹³⁵ „Presledovanija socialistov v Rossii i zapadno-evronejskij proletariat“ [Die Verfolgung von Sozialisten in Rußland und das westeuropäische Proletariat], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 11. vom 8. 7. 1921.

¹³⁶ „Pomošč' russkim tovariščam“ [Die Hilfe für die russischen Genossen], „*Socialističeskij Vestnik*“ Nr. 12 vom 22. 7. 1921.

¹³⁷ F. Dan: *Dva goda skitanij* [Zwei Jahre der Wanderschaft] (1919–1921). Berlin 1922, S. 241.

¹³⁸ Broido, *Lenin and the Mensheviks*, S. 131.

Am 7. Januar 1922 machten der *Vorwärts* und die *Freiheit* mit der Nachricht von dem Hungerstreik auf. Der Autor des *Freiheit*-Artikels forderte von der Sowjetregierung, „daß sie endlich mit Herrschaftsmethoden bricht, die nur geeignet sind, den Sozialismus und Kommunismus vor aller Welt zu kompromittieren und den Zusammenschluß des internationalen Proletariats aufzuhalten“¹³⁹. Diesen Zusammenschluß sah der *Vorwärts* vor dem Hintergrund der sowjetischen Sozialistenverfolgung noch um einiges skeptischer. Im Hinblick auf eine von den französischen Sozialisten initiierte europäische Konferenz, an der Vertreter aller sozialistischen Strömungen, also auch Kommunisten, teilnehmen sollten, erklärte das SPD-Blatt: „Da erhebt sich sofort die Frage, ob es für Sozialdemokraten möglich ist, sich mit diesen Leuten an einen Tisch zu setzen, solange die russischen Greuel fort dauern.“ Sollte dies aber doch geschehen, so müsse als erster Tagesordnungspunkt die Behandlung von Sozialdemokraten in Rußland und in Georgien zur Sprache kommen¹⁴⁰.

Auf dem Leipziger USPD-Parteitag (8.–12. Januar 1922) sprach Raphael Abramowitsch als Gastdelegierter auch über den Hungerstreik im Butyrki-Gefängnis und ließ dabei seine Enttäuschung über die unzureichende Solidarität der westlichen Sozialisten mit den Opfern politischer Verfolgung in Rußland deutlich durchklingen¹⁴¹. Abramowitsch' Kritik fiel auf fruchtbaren Boden. Das Parteitagbüro schlug unmittelbar darauf eine Resolution vor, in der die Behandlung der Butyrki-Gefangenen verurteilt und die Parteileitung aufgefordert wurde, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, „um die sofortige Befreiung aller in Rußland und in dem von bolschewistischen Truppen besetzten Georgien zu erwirken“¹⁴².

Am dritten Verhandlungstag, dem 11. Januar, trug am Vormittag der Verhandlungsleiter Wilhelm Dittmann eine Entgegnung der Wiener *Dépendance* der sowjetischen Nachrichtenagentur Rosta auf die Protestresolution des Parteitags vor. „Die Märchen über die angeblichen Leiden der Menschewiki sind einfache Verleumdungen“, hieß es darin. Nicht, wie teilweise gemeldet, 300, sondern nur 34 Menschewiki sollten verbannt werden, jedoch nicht nach Turkestan. Sie hätten vielmehr die Wahl zwischen drei russischen Städten oder könnten „auf Kosten der Sowjetregierung“, wie eigens hervorgehoben wurde, ins Ausland gehen. „Diese Maßnahmen sind in Anbetracht der schädigenden Handlungen außerordentlich mild.“¹⁴³

Raphael Abramowitsch erklärte dazu, er habe von 35 Gefangenen gesprochen, von denen einer wegen Flecktyphus inzwischen im Krankenhaus sei. Er wies darauf hin, daß die Gefangenen in der Verbannung von ihren Familien und Freunden getrennt seien und keine Möglichkeit hätten, ihren Lebensunterhalt zu erwerben. „Es ist höch-

¹³⁹ „Ein Hilferuf aus Rußland. Hungerstreik der politischen Gefangenen“, *Freiheit* Nr. 11 vom 7. 1. 1922.

¹⁴⁰ Nachschrift zu dem Artikel „Die russische Tragödie“ von H. Ströbel, *Vorwärts* Nr. 18 vom 11. 1. 1922. Zur sog. „Fünfländerkonferenz“ vom Februar 1922 vgl. Konrad von Zwehls Einleitung zum Protokoll der Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees. Berlin, Bonn 1980, S. XVI; John F. P. Wrynn: *The Socialist International and the Politics of Reconstruction*. Amsterdam 1976, S. 36–38, S. 52–56, S. 93; *Nachrichten der IASP*, März 1922, S. 3–7. An der Konferenz nahmen, mit Ausnahme von Levis Kommunistischer Arbeitsgemeinschaft keine kommunistischen Parteien teil.

¹⁴¹ Prot. USPD-PT Leipzig, S. 59.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Ebenda, S. 140.

ster Zynismus, wenn man so was als Milde bezeichnet [...] Und doch ist es ein kleiner Sieg, daß die Leute nicht nach Turkestan verschickt werden, sondern nach dem europäischen Rußland. Es ist vielleicht der Sieg dieses Parteitages.“¹⁴⁴

Abramowitsch hatte recht. Was die Rosta als großzügiges Angebot der Sowjetregierung darstellte, war der Kompromiß, den sich die Gefangenen durch ihren Hungerstreik ertrötzt hatten. Dabei hatte, nach der Einschätzung Dans, die Kampagne der europäischen Arbeiterparteien und ihrer Presse eine bedeutende, vielleicht die entscheidende Rolle gespielt. Die Kampagne hatte eine Kontroverse im Politbüro ausgelöst, das mit drei gegen zwei Stimmen bei entschiedenem Widerstand Trotzki das Kompromißangebot beschloß. Die Hungerstreikenden hatten von den Aktivitäten der westlichen Sozialisten erfahren, und es war ihnen auch zugetragen worden, welche Verstörung dies bei der bolschewistischen Führung hervorgerufen hatte, die damit nicht gerechnet hatte. Dies wiederum hatte den Durchhaltewillen der Gefangenen gestärkt¹⁴⁵.

Am 26. Januar brachen elf führende, aus der Haft entlassene menschowistische Politiker nach Deutschland auf¹⁴⁶. Dies markierte zugleich das Ende der bis dahin noch halblegalen Existenz der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP). Ihre letzten Vertreter verschwanden bald aus den Sowjets. Die kleine Restgruppe der Aktivisten der russischen Sozialdemokratie war fortan gezwungen, sich auf die Unterstützung der politischen Gefangenen und die illegale Verbreitung sozialdemokratischer Propaganda, insbesondere des in Berlin hergestellten *Socialističeskij Vestnik*, zu beschränken¹⁴⁷.

Konferenzvorbereitungen

Das Ziel der IASP oder „Wiener Union“ war es, alle Strömungen des internationalen Sozialismus zu einer Aktionsgemeinschaft zusammenzuführen. Nachdem sie separate Verhandlungen mit der Zweiten Internationale abgelehnt hatte, sah sie, als im Dezember 1921 das EKKI die Einheitsfrontpolitik inaugurierte, eine günstige Situation für die Verwirklichung ihres Zieles gekommen¹⁴⁸. Die IASP rief zu einer allgemeinen internationalen Konferenz aller sozialistischen Parteien auf, deren Tagesordnung zur Vermeidung politischer Zwistigkeiten auf zwei Probleme beschränkt werden sollte, nämlich: 1. die ökonomische Lage Europas und die Aktion der Arbeiterklasse und 2. den Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion¹⁴⁹. Tatsächlich erklärte sich dann auch die Kommunistische Internationale zu Vorgesprächen ohne weitere Bedingungen bereit¹⁵⁰. Die Exekutive der Zweiten Internationale hingegen forderte in ihrem Antwortschreiben an die IASP, die Frage Georgiens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie die Befreiung der politischen Gefangenen müßten ebenfalls auf die Tagesordnung

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Dan, *Dva goda*, S. 243–250.

¹⁴⁶ Zu den Umständen der Abreise ebenda, S. 257–267.

¹⁴⁷ Broido, *Lenin and the Mensheviks*, S. 132.

¹⁴⁸ Nachrichten der IASP, November 1921, S. 2 f.; Ritter, II. Internationale, Einleitung, S. 94.

¹⁴⁹ „Für eine internationale sozialistische Konferenz“, *Freiheit* Nr. 27. vom 17. 1. 1922; Nachrichten der IASP, Februar 1922, S. 1 f.

¹⁵⁰ Braunthal, *Internationale*, S. 259.

gesetzt werden. Außerdem äußerte sie Vorbehalte wegen eventueller spalterischer Absichten der Kommunisten¹⁵¹.

Entschieden gegen die geplante Konferenz war der Vorstand der SPD, weil er, wie Otto Wels am 31. Januar 1922 an den Vorsitzenden der Labour Party, Arthur Henderson, schrieb, in der von den Kommunisten proklamierten Einheitsfront nur ein unfaires taktisches Manöver zur Spaltung und Zerstörung der Zweiten Internationale sehe. Wels schlug stattdessen vor, Henderson solle über die britischen Gewerkschaften versuchen, die Londoner (= Zweite), die Wiener (= IASP) und die Amsterdamer Internationale (= IGB) aus Anlaß der bevorstehenden Staatenkonferenz in Genua zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen. Auf diese Weise könne man Einfluß auf die Genua-Konferenz nehmen und gleichzeitig die Kommunisten isolieren „as much they should not like it“¹⁵². Die IASP hatte allerdings schon im Oktober 1921 deutlich erklärt, daß sie genau letzteres nicht wollte¹⁵³. Und gerade wegen der Genua-Konferenz entwickelten die Kommunisten so starkes Interesse für den Vorschlag einer internationalen sozialistischen Tagung. Das Kernthema in Genua war der von Walter Rathenau inspirierte und vom britischen Premierminister Lloyd George aufgenommene und entwickelte Plan, ein internationales Wirtschaftskonsortium für den ökonomischen Wiederaufbau Rußlands zu schaffen und damit zugleich die Lösung des deutschen Reparationsproblems zu verknüpfen. Dem geplanten Konsortium sollte dabei ein starker Einfluß zukommen, so vor allem das Kontrollrecht über die Verwendung von Krediten. Die Bolschewiki, die an Wirtschaftshilfe durchaus interessiert waren, lehnten solche weitreichenden Eingriffsrechte von Kapitalisten jedoch ab¹⁵⁴. Das Hauptanliegen, das die Bolschewiki bei Verhandlungen mit den beiden sozialistischen Internationalen verfolgen wollten, war daher die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses nach Genua parallel zur Staatenkonferenz¹⁵⁵. Damit sollte die Verhandlungsposition der Sowjetunion gestärkt werden. Für die von der IASP vorgeschlagene Tagesordnung wünschte das erweiterte Plenum des EKKI im Februar dementsprechend die zusätzlichen Punkte „Vorbereitung des Kampfes gegen einen neuen imperialistischen Krieg“, „Hilfe bei der Wiederherstellung der Wirtschaft Sowjetrußlands“ und „Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und der Versailler Vertrag“¹⁵⁶.

Allein die anhaltende Empörung der Sozialdemokraten über die Eroberung Georgiens und politische Verfolgung in Rußland hätte Konfliktstoff genug geboten, um den Kommunisten das Erreichen ihrer Ziele auf der geplanten Konferenz zu erschweren. Da wurde Anfang März bekannt, daß in Moskau ein politischer Prozeß gegen die Führungsgruppe der Partei der Sozialrevolutionäre vorbereitet wurde und möglicherweise sogar ihr Leben bedroht war. Am 5. März hatte Raphael Abramowitsch in der *Freiheit* unter der Überschrift „Terrorismus gegen Verständigungswillen“ darüber in-

¹⁵¹ Nachrichten der IASP, März 1922, S. 2.

¹⁵² Wels' Brief ist abgedruckt bei Ritter, II. Internationale, S. 94, Fußnote 563.

¹⁵³ Nachrichten der IASP, November 1921, S. 2–4.

¹⁵⁴ Krummacher/Lange, Krieg und Frieden, S. 123; Hermann Graml: Europa zwischen den Kriegen. München ⁵1982, S. 126–129.

¹⁵⁵ Ernst Massmann (Hrsg.): Ein Dokument der Kommunistischen Internationale zur Berliner Konferenz der drei Internationalen 1922, in: BzG 14 (1972), S. 463–470, hier: S. 469; Donneur, Histoire de l'UPS, S. 181.

¹⁵⁶ Massmann, Dokument, S. 466.

formiert und zur Solidarität mit den Angeklagten aufgerufen, die bereits seit 1919 im Butyrki-Gefängnis einsaßen¹⁵⁷. Am 8. März forderte das Mitglied der sozialrevolutionären Auslandsdelegation Rubanovič die II. Internationale zum Protest gegen den Prozeß auf¹⁵⁸. Es folgten Appelle der Auslandsdelegationen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zur Solidarität mit den Angeklagten, die eine starke Resonanz fanden¹⁵⁹.

Die USPD protestierte am 14. März in einem Schreiben an die Sowjetregierung gegen den Prozeß¹⁶⁰. Der Vorstand des ADGB sandte am 15. März ein Telegramm an Lenin, in dem er im Namen von acht Millionen organisierten Arbeitern um eine Amnestie für die Sozialrevolutionäre bat¹⁶¹. Zwei Tage später forderte Friedrich Adler als Sekretär der IASP in einem Telegramm an die Komintern ein faires Gerichtsverfahren und eine Kontrolle des internationalen Proletariats darüber, „wo es sich um Fehler, die aus der Leidenschaft für das bedrohte Schicksal des Proletariats, wo es sich um wirkliche Verbrechen konterrevolutionären Charakters handelt“. Er äußerte die Besorgnis, daß der geplante Prozeß die angestrebte internationale Einheitsfront beeinträchtigen werde¹⁶². Adlers relativ zurückhaltendes Schreiben stieß allerdings auf scharfe Kritik der Auslandsdelegation der SR, die ihm vorwarfen, darin die bolschewistische Jurisdiktion im Grunde anerkannt zu haben¹⁶³.

In den Direktiven, die das Präsidium des EKKI am 16. März 1922 seinen Vertretern auf der für Anfang April anberaumten Sitzung der Exekutivkomitees der drei Internationalen erteilte, wurde eine offensive Haltung gegenüber der zu erwartenden sozialdemokratischen Kritik an der Komintern und an Sowjetrußland festgeschrieben. „Unverschämte Erklärungen“ gegen den bolschewistischen Terror sollten mit dem Hinweis auf den schweren Kampf der russischen Arbeiter beantwortet werden, die dabei Störungen nicht erlauben würden, auch nicht, wenn solche im Namen der „Freiheit“ oder „sozialdemokratischer Prinzipien“ erfolgten. Hinzuzufügen sei, daß die Menschewiki seit fünf Jahren faktisch eine Block mit den Sozialrevolutionären bildeten, „die auch heute noch die aktivsten Agenten der ausländischen Intervention sind und sich mit terroristischer Tätigkeit gegen die russischen Kommunisten beschäftigen“¹⁶⁴. Wenn Georgien angesprochen werde, sollten die kommunistischen Vertreter die Politik Großbritanniens, Frankreichs, Hollands und Belgiens in ihren Kolonien zur Sprache bringen¹⁶⁵. Neben einer Arbeiterkonferenz in Genua hatten die Kominternvertreter außerdem einen inter-

¹⁵⁷ Freiheit, Nr. 109 vom 5. 3. 1922.

¹⁵⁸ Telegramm Rubanovitch an MacDonald, 8. 3. 1922, IISG Amsterdam, Archiv Labour and Socialist International (LSI), A 93/1.

¹⁵⁹ „Hilferuf gegen Moskau“, Vorwärts Nr. 125 vom 15. 3. 1922; „An die sozialistischen Parteien aller Länder“, Freiheit Nr. 125 vom 15. 3. 1922; „Die Sozialistenrevolutionäre gegen die Sowjetregierung“, LVZ Nr. 63 vom 15. 3. 1922.

¹⁶⁰ Donneur, Histoire de l'UPS, S. 186.

¹⁶¹ „Gewerkschaftsappell an Moskau“, Vorwärts Nr. 127 vom 16. 3. 1922; Telegramm Auslandsdelegation der SR an MacDonald 16. 3. 1922. Archiv LSI, A 93/44. (Die SR übermittelten den Text der Proteste der USPD und des ADGB.)

¹⁶² Nachrichten der IASP, März 1922, S. 6f.

¹⁶³ Marc Jansen: A Show Trial under Lenin. The Trial of the Socialist Revolutionaries, Moscow 1922. The Hague usw. 1982, S. 33.

¹⁶⁴ Massmann, Dokument, S. 468f.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 469.

nationalen Streik am Tag des Beginns der Staatenkonferenz oder am 1. Mai zu fordern¹⁶⁶. Begleitend sollten in allen europäischen Metropolen kommunistische Kundgebungen abgehalten¹⁶⁷ und die Sozialdemokratie von der kommunistischen Presse verschärft angegriffen werden¹⁶⁸.

Diese gleichzeitige Umarmungs- und Konfliktstrategie war ein Musterbeispiel kommunistischer Einheitsfrontpolitik. Die SPD war wohl nicht die einzige Partei in der II. Internationale, der der neue Kominternkurs sofort verdächtig war. Doch wollte man nicht als Saboteur der Einheitsbestrebungen dastehen, womit die IASP verprellt worden wäre. Otto Wels, der im Januar von der Konferenz abgeraten hatte, erklärte bei der Sitzung der Exekutive der Zweiten Internationale am 1. April 1922, eine Annäherung zwischen „Moskau und Wien“ sei nicht zu befürchten, weil das für die Wiener Union den Austritt der französischen Sozialisten zur Folge hätte¹⁶⁹.

Für die IASP war die Herstellung einer Aktionseinheit das zentrale Motiv. Daneben war aber auch bei ihr das Mißtrauen gegen Lloyd Georges Konsortiumsprojekt verbreitet. In der *Freiheit* schrieb Alexander Stein, es liege nicht im Interesse Deutschlands, der „Sklavenaufseher und Steuereinnahmer“ des internationalen Kapitals in Rußland zu werden¹⁷⁰, womit er auf das ursprüngliche Konzept Lloyd Georges anspielte, die Erschließung des russischen Marktes mit der Lösung des Problems der deutschen Reparationen zu verknüpfen. Gewinne deutscher Firmen im Rußlandgeschäft, mit dem man in Deutschland die größte Erfahrung hatte, hätten demnach zur Hälfte auf das Reparationskonto gehen sollen¹⁷¹. Aufgrund des französischen Widerstandes gegen eine Behandlung der Reparationsfrage in Genua war dieser Aspekt schon vor Beginn der Konferenz passé¹⁷². Von der Befürchtung, die in Genua versammelten bürgerlichen Regierungen würden versuchen, die Wirtschaftshilfe „in eine Versklavung Rußlands zu verwandeln“, war auch ein gemeinsamer Aufruf der Zentralkomitees der RSDAP und des „Bund“ („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund“) geprägt. In dem am 16. Februar in Moskau verabschiedeten Appell wurden alle sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen aufgefordert, für die bedingungslose diplomatische Anerkennung Sowjetrußlands einzutreten¹⁷³.

Bei einem Treffen der Exekutiven der Zweiten Internationale und der IASP betonte Raphael Abramowitsch als Vertreter der Menschewiki, das Scheitern der Konferenz würde die Kommunisten von moralischen Verpflichtungen entbinden und könnte eine neuerliche Welle des Terrors in Rußland zur Folge haben¹⁷⁴. Diese Haltung hatte die

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 470.

¹⁶⁸ Serge, *Erinnerungen*, S. 187; Eberhard Köhler: *Die Politik der KPD gegenüber der SPD 1920–1933*. Unveröffentlichte Magisterarbeit (masch.) München o. J., S. 47.

¹⁶⁹ Prot. Exekutivsitung LSI, 1. Apr. 1922. Archiv LSI, A 6.

¹⁷⁰ Alexander Stein: Genua, in: *Freiheit* Nr. 169 vom 9. 4. 1922.

¹⁷¹ Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 168.

¹⁷² Ebenda, S. 171 f.

¹⁷³ „Komm Rußland zu Hilfe!“, *Freiheit* Nr. 111 vom 7. 3. 1922; *LVZ* Nr. 56 selber Titel, selbes Datum; russische Fassung: „Ko vsem socialističeskim partijam i rabočim organizacijam“ [An alle sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 5 vom 5. 3. 1922.

¹⁷⁴ Prot. Gemeinsames Treffen der Exekutiven der Zweiten Internationale und der IASP, Berlin 3. 4. 1922. Archiv LSI, A 6.

Menschewiki schon zuvor bewegen, Friedrich Adler darin zu unterstützen, die Zweite Internationale von ultimativen Vorbedingungen für ihre Beteiligung an der Konferenz – Freilassung der gefangenen Sozialisten in Rußland, Selbstbestimmung für Georgien, keine kommunistische Zellenbildung in den Gewerkschaften – abzubringen¹⁷⁵. Der Verzicht der Zweiten Internationale auf diese Vorbedingungen bedeutete jedoch keineswegs, daß sie bereit war, diese Themen ohne weiteres auszuklammern.

Die Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees

„Paris ist eine Messe wert. Um die internationale Zusammenarbeit mit den französischen Genossen zu ermöglichen, hat sich die Exekutive der ‚Zweiten‘ bereit erklärt, sich unter gewissen Voraussetzungen mit den Moskauern zu begegnen. Praktische Resultate von einer solchen Begegnung zu erwarten, wird jedoch kein Optimist optimistisch genug sein“, schrieb der *Vorwärts* im Hinblick auf die Zusammenkunft der drei Exekutivkomitees. Der einzig mögliche Zweck einer solchen Konferenz könne die Diskussion der politischen Repression in Rußland sein¹⁷⁶. Damit war die Marschroute der Zweiten Internationale im wesentlichen umschrieben.

Die Begegnung der drei internationalen Exekutivkomitees fand vom 2. bis 5. April im Berliner Reichstag statt. Jede Exekutive war durch zehn Delegierte vertreten, auf Wunsch Radeks konnte die Presse den Verhandlungen beiwohnen¹⁷⁷. Für die Zweite Internationale sprach zunächst Emile Vandervelde. Er ging auf die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein und erklärte, die Ukrainer, Armenier und Georgier seien dieses Rechtes beraubt. Von der Komintern verlangte er „Garantien gegen die Versuche der Zellenbildung, Garantien für die freie Vertretung der Völker, deren Gebiet ihr besetzt haltet, und endlich Garantien für das Verteidigungsrecht der Gefangenen“, d. h. der 47 angeklagten Sozialrevolutionäre¹⁷⁸.

Der französische Sozialist Paul Faure, der für die IASP sprach, hieb in die gleiche Kerbe. Die Voraussetzung der Einheitsfront seien gleiche politische Rechte für die sozialistischen Parteien und die Arbeiter und Bauern Rußlands. Ihnen müsse die Freiheit politischer und wirtschaftlicher Selbstbetätigung wiedergegeben werden, ebenso wie den Georgiern ihr Selbstbestimmungsrecht. Todesurteile gegen die angeklagten Sozialrevolutionäre würden die Fortführung „der mit der gegenwärtigen Konferenz begonnenen Aktion unmöglich machen“, stellte Faure fest¹⁷⁹.

Ganz im Einklang mit den EKKI-Direktiven und in äußerst polemischer Form wies Radek für die Komintern zunächst die gestellten Bedingungen zurück¹⁸⁰, zeigte sich aber in einer zweiten Verhandlungsrunde doch zu Zugeständnissen bereit¹⁸¹.

¹⁷⁵ Brief Martow, Abramowitsch, Dan an Exekutive IASP [undatiert, ohne Ort] Archiv LSI, A 9; Getzler, Martov, S. 213; Sigel, Zweite Internationale, S. 47.

¹⁷⁶ „Die Fünfländer-Konferenz“, *Vorwärts* Nr. 100 vom 28. 2. 1922.

¹⁷⁷ Braunthal, Internationale, S. 263.

¹⁷⁸ Protokoll der Internationalen Konferenz der drei Exekutivkomitees. Wien 1922. [Nachdr. Berlin, Bonn 1980], S. 6. Die SR hatten einige der in Moskau Angeklagten als Delegierte zur Berliner Konferenz benannt und dieser ein umfangreiches Memorandum über die politische Verfolgung in der Sowjetunion vorgelegt. Ein Exemplar davon in IISG Amsterdam, Nl. Dan, Nr. 15.

¹⁷⁹ Protokoll Exekutivkomitees, S. 16.

¹⁸⁰ Ebenda, S. 17–20.

¹⁸¹ Ebenda, S. 41 f.

Die Konferenz endete mit einer Reihe von Kompromissen, die sich in der abschließenden gemeinsamen Erklärung der drei Exekutivkomitees widerspiegeln. Ihr Ziel eines gemeinsamen Weltarbeiterkongresses während der Konferenz von Genua konnte die Komintern wegen des Widerstandes der Zweiten Internationale nicht erreichen. Diese hatte eingewandt, ein solcher Kongreß könne so kurzfristig nicht organisiert werden. Es wurde aber prinzipielle Einigkeit über die Notwendigkeit der möglichst raschen Einberufung einer allgemeinen Konferenz bekundet¹⁸².

Als Ersatz sollten während der Genuakonferenz am 20. April oder am 1. Mai internationale Massenkundgebungen stattfinden, in denen für die Solidarität mit der russischen Revolution, die Aufnahme voller Beziehungen zwischen allen Staaten und Sowjetrußland und die proletarische Einheitsfront demonstriert werden sollte¹⁸³. Ein wichtiger Erfolg der Sozialdemokraten war das Zugeständnis der Komintern, die angeklagten Sozialrevolutionäre sollten freie Verteidigerwahl haben, und in ihrem Prozeß würden keine Todesurteile gefällt werden¹⁸⁴. Damit konnte der Vorschlag von Ramsey MacDonald, westliche Sozialdemokraten als Verteidiger zu entsenden¹⁸⁵, verwirklicht werden.

Wesentlich weniger verbindlich war die gemeinsame Erklärung in Bezug auf Georgien. Die Exekutivkomitees seien bereit, „das von verschiedenen Seiten in Aussicht gestellte Material über die Frage Georgiens entgegenzunehmen und einer Prüfung zu unterziehen“, heißt es darin. Das Organisationskomitee solle die Schlußfolgerungen sammeln und einer späteren Konferenz der drei Exekutivkomitees Bericht erstatten¹⁸⁶.

Wie brüchig das erzielte Kompromißpaket war, ließen schon die Erklärungen ahnen, die von verschiedenen Personen und Gruppen eigens zu Protokoll gegeben wurden. So legte der georgische Sozialdemokrat Iraklij Cereteli Wert auf die Feststellung, Radek habe zugegeben, daß die Invasion in Georgien wegen des transkaukasischen Erdöls erfolgt sei. Daß dies trotz der Kooperationsbereitschaft der georgischen Regierung geschehen sei, zeige, daß es sich um ganz gewöhnlichen Imperialismus handle¹⁸⁷. Die SPD vermerkte zu dem Vorschlag Radeks, die Sozialrevolutionäre sollten gegen die inhaftierten Teilnehmer des mitteldeutschen Aufstandes ausgetauscht werden, dieser sei unmoralisch und abscheulich, entbehre aber nicht einer gewissen symbolischen Bedeutung, „denn sowohl die einen wie die anderen sind Ihre Opfer, die Opfer der Moskauer Internationale“¹⁸⁸. In ähnlichem Tenor stellte die IASP zur kommunistischen Weigerung, eine Erklärung über die Befreiung der politischen Gefangenen zu unterstützen, fest, „daß die Kommunistische Internationale soviel Wert auf die fernere Gefangenhaltung von Sozialisten in Rußland legt, daß sie bereit war, dafür den Kampf für die Befreiung von proletarischen politischen Gefangenen, die in den Kerkern der kapitalistischen Staaten schmachten, preiszugeben“¹⁸⁹.

¹⁸² Ebenda, S. 47.

¹⁸³ Ebenda.

¹⁸⁴ Ebenda.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 23. Die Idee dazu stammt von der Auslandsdelegation der Sozialrevolutionäre, die sie E. Vandervelde am 1. 4. 1922 unterbreitet hatte. Sie hoffte, dieser Akt der Solidarität würde die russischen Massen beeindrucken. Brief im Archiv LSI, A 93/30.

¹⁸⁶ Protokoll Exekutivkomitees, S. 47.

¹⁸⁷ Ebenda, S. 52.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ Ebenda.

Lenin dagegen erklärte am 11. April in der *Pravda*: „Wir haben zu teuer bezahlt.“ Er nannte die Zusicherung der freien Verteidigerwahl und des Verzichts auf Todesurteile im Prozeß der Sozialrevolutionäre „nichts anderes als ein politisches Zugeständnis, das das revolutionäre Proletariat der reaktionären Bourgeoisie gemacht hat“¹⁹⁰. Trotzki und Radek hingegen verwiesen auf die immer noch beträchtliche Arbeitergefolgschaft der beiden nicht-kommunistischen Internationalen. Mit den Garantien für die angeklagten Sozialrevolutionäre mache man „der rückständigen Gesinnung dieser betrogenen Massen eine Konzession“¹⁹¹.

Rapallo

Am 10. April waren in Genua Vertreter von 28 Staaten, darunter auch Deutschlands und Sowjetrußlands, nicht jedoch der USA, zu der von Lloyd George initiierten Wirtschaftskonferenz zusammengetreten. Am 19. Mai trennten sie sich wieder, ohne zu nennenswerten Ergebnissen gekommen zu sein. Das galt allerdings nicht für zwei der Teilnehmerstaaten, nämlich für Deutschland und Rußland. Die beiden „Parias“ der Konferenz hatten am 16. April ein Abkommen geschlossen, das als Sensation empfunden wurde, freilich nicht allseits als eine erfreuliche. Der Vertrag, der im Quartier der russischen Delegation im 20 Kilometer östlich vom Konferenzort gelegenen Rapallo unterzeichnet worden war, war ausschlaggebend für die Ergebnislosigkeit der Genua-Konferenz. Deutschland hatte darin Sowjetrußland als erster großer europäischer Staat diplomatisch anerkannt und es ihm somit ermöglicht, seine politische Isolation zu durchbrechen. Es verzichtete auf Entschädigung für sozialisiertes deutsches Eigentum in Rußland, sofern nicht anderen Ländern eine solche gewährt werden würde. Außerdem verpflichtete es sich, sich an Unternehmungen wie dem Konsortiumsprojekt Lloyd Georges nur im Einvernehmen mit der Sowjetregierung – und das hieß nach Lage der Dinge: überhaupt nicht – zu beteiligen. Da Deutschland dabei die zentrale Rolle bei der Erschließung des russischen Marktes zugekommen wäre, war dieses Projekt damit hinfällig. Der Rapallovertrag ermöglichte es der sowjetischen Delegation, den Bedingungen, die die Ententestaaten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit stellten, auszuweichen¹⁹². Der Preis, den die Sowjets dafür bezahlten, war der in Artikel 1 des Vertrages festgelegte gegenseitige Verzicht auf alle Erstattungen von Kriegskosten und -schulden. Damit war die Drohung des Artikels 116 des Versailler Vertrages beseitigt, in dem einer russischen Regierung das Recht vorbehalten worden war, von Deutschland Reparationen zu fordern.

Als Anfang 1922 von russischer Seite Deutschland gegenüber Andeutungen über eine mögliche Annäherung Frankreichs an Sowjetrußland gemacht wurden, war der Artikel 116 auch in der sozialdemokratischen Presse diskutiert worden¹⁹³. Spekulationen, Ruß-

¹⁹⁰ V. I. Lenin: Wir haben zu teuer bezahlt, in: Lenin, Werke Bd. 33, S. 316–320; S. 316 f. („Pravda“ Nr. 81 vom 11. 4. 1922).

¹⁹¹ An den Pranger! (Zum Prozeß der Sozialrevolutionäre). Hamburg 1922, S. 55 f. (Trotzki, von ihm ist das Zitat) und S. 119 f. (Radek).

¹⁹² Vertragstext und ergänzende Note Čičerins bei Peter Krüger: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 1986, S. 178–181. Zur Wirkung: S. 112 f.

¹⁹³ Vgl. dazu Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 178 ff.; „Sowjetrußland am Scheideweg!“, Vorwärts Nr. 67 vom 9. 2. 1922.

land würde zur Kompensation seiner Kriegs- und Vorkriegsschulden seine Reparationsansprüche aus dem Artikel 116 an Frankreich abtreten, hielt der *Vorwärts* für wenig stichhaltig. Rußland werde kaum „für ein Linsengericht“ von 800 Millionen Goldfrancs Reparationsforderungen Schulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfrancs anerkennen, rechnete das SPD-Blatt vor. Der Artikel 116 setze außerdem für die Anerkennung Sowjetrußlands als Reparationsgläubiger eine einheitliche Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte voraus. Mit der Zustimmung Washingtons und Londons sei aber nicht zu rechnen¹⁹⁴. Als Druckmittel gegen Deutschland ungeeignet war der Artikel 116 auch nach Meinung der *Freiheit*. Das USPD-Organ verwies auf das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921, in dem 132 Milliarden Mark als Obergrenze für die Reparationen festgelegt worden sei. Reparationen für Rußland müßten aus diesem Betrag kommen¹⁹⁵.

Der sowjetische Historiker A. Korsunskij stuft die Diskussion über den Artikel 116 in der sozialdemokratischen Presse als ein Manöver ein, mit dem die Außenpolitik Sowjetrußlands, das ja den Versailler Vertrag ablehnte, in den Augen der deutschen Arbeiter diskreditiert werden sollte¹⁹⁶. Der Vorwurf verkennt die Realität, denn die Spekulationen über ein französisch-sowjetisches Geschäft mit dem Artikel 116 gehen auf sowjetische und auf Hinweise aus der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin zurück, die beide eine deutsch-sowjetische Annäherung fördern wollten¹⁹⁷, und sie wurden in der sozialdemokratischen Publizistik weit überwiegend als unrealistisch eingestuft. Dennoch ist es bezeichnend, daß das Argument, die Sowjetregierung hätte mit einem derartigen Manöver nicht nur gegen ihre eigenen Prinzipien verstoßen, sondern sich auch „in den Augen der deutschen Arbeiterklasse hoffnungslos diskreditiert“, das der westdeutsche Historiker Hermann Graml vorbringt¹⁹⁸, in den zeitgenössischen sozialdemokratischen Beiträgen nicht auftaucht. Man traute der sowjetischen Politik offensichtlich vieles zu und hielt die Interessen der deutschen Arbeiterschaft nicht für einen ihrer ausschlaggebenden Faktoren.

Reichspräsident Ebert und der sozialdemokratische Vizekanzler Bauer, die in Berlin geblieben waren, waren über die Nachricht vom Abschluß des Rapallo-Vertrages nicht gerade glücklich. Bauer hielt die Russen nicht für vertragsfähige Partner und den Artikel 116 nicht für eine wirkliche Bedrohung. Er werde von der sowjetischen Seite nur als Bluff benutzt. Der Rapallo-Vertrag, meinte Bauer, habe für Deutschland keine günstige Lage geschaffen¹⁹⁹.

In der Tat fühlten sich die Westmächte vor den Kopf gestoßen und befürchteten ein antiwestliches deutsch-russisches Bündnis. Die möglichen Rückwirkungen bereiteten Reichspräsident Ebert Sorge. In Berlin beurteilte man die Lage mit Blick auf die Repara-

¹⁹⁴ „Frankreich und Rußland“, *Vorwärts* Nr. 79 vom 16. 2. 1922.

¹⁹⁵ „Russisch-französisches Doppelspiel“, *Freiheit* Nr. 86 vom 20. 2. 1922.

¹⁹⁶ A. Korsunskij: Rapall'skij dogovor i nemeckaja social-demokratija, in: *Voprosy istorii* Nr. 8, 1950, S. 91–101, hier: S. 98 f.

¹⁹⁷ Vgl. Anm. 193 und Graml, *Europa*, S. 142–144.

¹⁹⁸ Graml, *Europa*, S. 143.

¹⁹⁹ AdR. Die Kabinette Wirth I und II, 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921, 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922. Bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier. 2 Bde. Boppard 1973, Bd. 2, Nr. 250 (Kabinettsitzung 19. 4. 1922), S. 718. ADAP, Serie A Bd. 6: März bis Dezember 1922. Göttingen 1988, Nr. 67 (Ministerialrat Kempner (Reichskanzlei) an Vortragenden Legationsrat Simon (z. Z. Genua), Berlin 21. 4. 1922), S. 143.

tionsfrage sehr ernst, telegraphierte er am 19. April an Reichskanzler Wirth, der die Genua-Delegation leitete. Er schlug vor, die deutsche Delegation solle zwischen den Russen und der Entente vermitteln und auf diese Weise das deutsch-russische Abkommen in eine allgemeine Übereinkunft einbinden²⁰⁰.

Möglicherweise steht mit diesem – gescheiterten – Versuch, den Rapallo-Vertrag zu „entschärfen“, auch die zurückhaltende Berichterstattung des *Vorwärts* in Zusammenhang. Er überschrieb die Meldung vom Vertragsschluß mit der Schlagzeile „Deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen“, obwohl er gleichzeitig auch schon den Vertrag im Wortlaut abdruckte, und kam zu der skeptischen Einschätzung: „Rein gefühlsmäßig möchten wir zwar denen Recht geben, die glauben, daß auch später das gleiche Ergebnis zustande gekommen und für die Gegenwart außenpolitische Komplikationen zu vermeiden gewesen wären.“ Vorerst aber, meinte der Kommentator, müsse man sich auf die Urteilskraft der Regierungsvertreter in Genua verlassen²⁰¹. Gegen die ausländische, vor allem die scharfe französische Kritik, betonte der *Vorwärts*, der Rapallo-Vertrag leite keinen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik ein und sei kein deutsch-russischer Zweibund gegen Frankreich. Als Voraussetzung für die allgemeine Billigung des Vertrages in Deutschland verlangte das Blatt jedoch den Nachweis, daß er das letzte Mittel gewesen sei, „um einen gegen Deutschlands Interessen gerichteten Abschluß zwischen Rußland und der Entente zu verhindern“²⁰².

Der Chefredakteur der *Neuen Zeit*, Heinrich Cunow, glaubte, daß die Möglichkeit eines derartigen Abschlusses durchaus bestanden habe²⁰³, und der außenpolitische Berichtersteller der Zeitschrift, J. Steiner-Jullien, erklärte, der „Meisterstreich“ von Rapallo habe verhindert, daß Rußland mittels der deutschen Technik und der deutschen Arbeiterschaft zum Ausbeutungsobjekt der Alliierten gemacht worden wäre²⁰⁴. Kaum diskussionswürdig erscheint die Stellungnahme der *Sozialistischen Monatshefte*, welche, besessen von den für ihre „Kontinentalpolitik“ kennzeichnenden antibritischen Emotionen, den Vertrag als „englische Generalmobilmachung der europäischen Völker gegen Frankreich“ einstufte²⁰⁵.

Ähnlich uneinheitlich waren die Reaktionen bei der USPD. Schon am 4. April, als die russische Delegation zur Konferenz der drei Internationalen den Aufenthalt in Berlin zu einem Gespräch mit Reichskanzler Wirth nutzte, hatte die *Leipziger Volkszeitung* dies ausdrücklich begrüßt und die Hoffnung ausgedrückt, es werde ein deutsch-russischer Gegenpol zu dem „Machtzentrum im ententistischen Westen“ geschaffen werden²⁰⁶. Folglich begrüßte die LVZ auch den Rapallo-Vertrag vorbehaltlos. Sie betrachtete die deutsch-russische Kooperation auf der Konferenz von Genua als Ausdruck der „Teilung der Welt in ausbeutende und ausgebeutete Staaten“²⁰⁷. Etwas gedämpfter, aber

²⁰⁰ ADAP Serie A, Bd. 6, Nr. 65 (Reichspräsident Ebert an die deutsche Delegation in Genua, Berlin, 19. 4. 1922), S. 139f.

²⁰¹ *Vorwärts*, Nr. 181 vom 18. 4. 1922.

²⁰² „Kein Kurswechsel“, *Vorwärts* Nr. 186 vom 20. 4. und „Frankreichs Raserei“, ebenda, Nr. 191 vom 23. 4. 1922.

²⁰³ Heinrich Cunow: Epilog zur Genueser Tragikomödie, in: *NZ* Nr. 9 vom 26. 5. 1922, S. 193–199, hier: S. 197f.

²⁰⁴ J. Steiner-Jullien: Außenpolitische Rundschau. Ebenda, S. 113–116.

²⁰⁵ Ludwig Quessel: Ein Blick auf Genua, in: *SM* Nr. 10 vom 1. 5. 1922, S. 385–391, hier: S. 385.

²⁰⁶ „Die russische Delegation bei Dr. Wirth“, *LVZ* Nr. 80 vom 4. 4. 1922.

²⁰⁷ „Eine deutsch-russische Bombe in Genua“, *LVZ* Nr. 90 vom 18. 4. 1922.

dennoch wohlwollend nahm die *Freiheit* den Rapallo-Vertrag auf. Die Unabhängigen hätten schon seit langem die Herstellung voller Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert, die Entwicklung also vorausschauend richtig beurteilt; die Gesetze der Ökonomie hätten sich einmal mehr als entscheidender Bestimmungsfaktor des politischen Geschehens erwiesen²⁰⁸.

Wesentlich skeptischer zeigte sich der außenpolitische Experte der USPD, Rudolf Breitscheid. Er sah im Abschluß des Rapallo-Vertrages ein „gewagtes Spiel“. Zwar, so räumte er ein, sei mit der Aufnahme voller Beziehungen zu Sowjetrußland unter Verzicht auf Entschädigungen und Wiedergutmachungen ein altes Anliegen der USPD erfüllt worden. „Und dennoch“, schrieb er am 22. April in seiner Zeitschrift *Der Sozialist*, „ist uns bei der Sache keineswegs wohl.“ Die Art des Zustandekommens und der Zeitpunkt des Vertragsschlusses gäben Anlaß „zu den allerstärksten Bedenken“. Am Anfang habe es so ausgesehen, als werde auf der Konferenz von Genua eine Atmosphäre entstehen, in der, wenn auch inoffiziell, über die Reparationen und über Entwaffnungsfragen hätte geredet werden können. Dieses Klima sei durch die „unerwartete Extratour mit Rußland“ zerstört worden. Die Gründe, die die Delegation für den plötzlichen Vertragsabschluß angebe – die drohende Isolation auf der Konferenz und die Gefahr des Artikels 116 – seien keineswegs stichhaltig. „Der Eindruck läßt sich nun einmal nicht von der Hand weisen, daß Herr Rathenau und seine Kollegen von den sehr geschickt operierenden Russen, die für ihre Verhandlungen mit der Entente einen Trumpf in die Hand bekommen wollten, überrumpelt worden sind.“²⁰⁹ Bedenken rief bei Breitscheid auch die positive Aufnahme des Vertrages durch die DVP und die DNVP hervor. Das Motiv der DVP sah er in dem Wunsch, der deutschen Industrie eine Vormachtstellung auf dem russischen Markt zu verschaffen, während die DNVP einen deutsch-russischen Block anstrebe, „der für die Zukunft nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete aktiv werden könnte“²¹⁰. Man müsse hoffen, daß „das waghalsige Unternehmen von Genua“ für das deutsche Verhältnis zu England und Frankreich „keine allzuschlimmen Folgen“ haben werde, erklärte Breitscheid mit einem Anflug von Resignation²¹¹.

Breitscheid befand sich mit seinen Vorbehalten auf derselben Linie wie Reichspräsident Ebert, der geäußert haben soll, er würde den deutschen Drahtzieher der Annäherung an Sowjetrußland, den Leiter der Ost-Abteilung im Auswärtigen Amt, Ago von Maltzan, am liebsten in Pension schicken²¹². Dagegen waren die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Hilferding (USPD) und Rudolf Wissell (SPD), die der Genua-Delegation angehörten, dort entschieden für den Vertrag eingetreten²¹³.

Als der Rapallo-Vertrag Ende Mai 1922 im deutschen Reichstag diskutiert wurde, sprach sich keine Partei gegen ihn aus, wohl aber gab es die verschiedensten Vorbehal-

²⁰⁸ „Ein deutsch-russischer Vertrag“, *Freiheit* Nr. 180 vom 18. 4. 1922.

²⁰⁹ Rudolf Breitscheid: *Gewagtes Spiel*, in: *Der Sozialist*, Nr. 15/16 vom 22. 4. 1922, S. 249–251, hier: S. 251.

²¹⁰ Ebenda, S. 250.

²¹¹ Ebenda, S. 251.

²¹² Graml, *Europa*, S. 152; Lionel Kochan: *Rußland und die Weimarer Republik*. Düsseldorf 1957, S. 55.

²¹³ Rosenfeld, *Sowjetrußland und Deutschland*, S. 391; Theodor Schieder: *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages*, in: *HZ* 204 (1967), S. 545–609, hier: S. 584.

te²¹⁴. Für die SPD nannte Hermann Müller den Vertrag einen „wirklichen Friedensvertrag“. Er bedeute nicht das Ende der Erfüllungspolitik. „Der Vertrag öffnet den Weg nach Osten, aber er kann sich im Grunde genommen nur auswirken im Rahmen einer versuchten Politik der Vertragserfüllung nach Westen.“²¹⁵ Spekulationen über einen geheimen militärischen Zusatzvertrag wies Müller zurück. Nach der Revolution sei in Deutschland der Abschluß eines solchen Geheimabkommens unmöglich geworden. Die SPD würde ihr „Äußerstes“ daran setzen, eine Regierung zu stürzen, die eine solche Politik betreiben wollte²¹⁶. Doch in Deutschland war immer noch mehr möglich als es sich Hermann Müller und seine Fraktionskollegen vorstellten. Unabhängig vom Rapallo-Vertrag hatte die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee bereits begonnen. Für die USPD warnte Artur Crispian in der Reichstagsdebatte, die „Nebenregierungen“ Finanzkapital und Schwerindustrie wollten „diesem Vertrag einen politischen, aggressiven, militärischen Charakter geben“. Allzu große praktische Bedeutung kam dem Vertrag seiner Meinung nach zunächst nicht zu, denn Rußland brauche vor allem Warenkredite, während Deutschland nicht einmal in der Lage sei, seinen eigenen Bedarf zu decken²¹⁷. Deutlich zeichnete sich in der Debatte ein gemeinsamer Standpunkt beider sozialdemokratischen Parteien zu dem deutsch-sowjetischen Vertrag ab. SPD und USPD begrüßten die Aufnahme voller Beziehungen zu Sowjetrußland, die sie schon seit langem gefordert hatten. Einen Vertrag mit Sowjetrußland wollten sie, aber keinen Rapallo-Vertrag, der die Westmächte verprellte. Gegenüber dem Notwehrmotiv, das als Begründung für den plötzlichen Vertragsabschluß angeführt wurde, blieben sie skeptisch, hatte doch die sozialdemokratische Presse schon vor der Konferenz von Genua das Schreckgespenst des Artikels 116 als ziemlich harmlosen Spuk entlarvt. Die schwierige Aufgabe einer Stellungnahme zum Rapallo-Vertrag versuchten die Sozialdemokraten zu lösen, indem sie ihn in den Rahmen der Erfüllungspolitik einordneten. Die praktischen Vorschläge dazu, die Ebert der Genua-Delegation unterbreitet hatte, waren allerdings nicht verwirklicht worden.

Die Rapallo-Diskussion zeigte, daß sich bei der USPD ein Wandel in ihrem Verhältnis zu Sowjetrußland vollzogen hatte. Nicht die Theorie von den proletarischen Staaten, wie sie von der *Leipziger Volkszeitung* vorgetragen worden war, und auch nicht die frühere kritiklose Unterstützung Sowjetrußlands bestimmten ihre Haltung, sondern eher die Analyse Breitscheids, der in der Erfüllungspolitik und einer Verständigungspolitik mit den Westmächten die einzige den Interessen des deutschen Proletariats entsprechende Außenpolitik sah. Die Hochzeit der Solidarität mit Sowjetrußland war für die linken Sozialdemokraten vorbei, ebenso die Hoffnung auf eine baldige Revolution. Der ökonomische Wiederaufbau Europas werde sich leider in kapitalistischen Formen vollziehen, erklärte Rudolf Breitscheid und verwies darauf, daß auch die russischen Genua-Delegierten, wie Lenin gesagt hatte, als Kaufleute und nicht als Kommunisten gekommen waren²¹⁸.

²¹⁴ Winkler, *Revolution*, S. 465.

²¹⁵ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle. Bd. 355, S. 7677–7682, hier: S. 7677f.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ „Abschluß der Genua-Debatte“, *Freiheit* Nr. 231 vom 31. 5. 1922.

²¹⁸ Rudolf Breitscheid: Genua und die Arbeiterklasse, in: *Der Sozialist* Nr. 17/18 vom 13. 5. 1922, S. 273–276, hier: S. 275f.

Mit der Anwendung des Rapallo-Vertrages auf alle Mitgliedsstaaten der in Gründung befindlichen Sowjetunion erhielt Ende 1922 das georgische Problem neue Bedeutung. Noch im Februar hatten Friedrich Stampfer und Camille Huysmans beim Exekutivkomitee der II. Internationale eine Resolution eingebracht, in der den sowjetischen Vertretern das Recht abgesprochen wurde, anstelle der frei gewählten Regierung Georgiens etwa auf der Genua-Konferenz als Repräsentanten des georgischen Volkes aufzutreten²¹⁹. Und am 22. September hatte sich der Völkerbund auf Initiative des belgischen Sozialdemokraten de Brouckère für eine friedliche Normalisierung in Georgien ausgesprochen²²⁰. Einen Tag, bevor der Rapallo-Vertrag am 5. November auch für Georgien und andere sowjetische Republiken in Kraft trat²²¹, versicherte das Auswärtige Amt dem georgischen Gesandten in Berlin, Achmeteli, man wolle ihm den künftigen Aufenthalt so angenehm wie möglich gestalten²²². Wenig später sagte Otto Wels in einer Besprechung mit Achmeteli und Iraklij Cereteli zu, die SPD werde, gestützt auf diese Erklärung, für den gesicherten Aufenthalt der bisherigen georgischen Gesandtschaft, die Weitergeltung der von ihr ausgestellten Pässe und ihr Vertretungsrecht für die politischen Flüchtlinge aus Georgien eintreten. Die SPD betrachte Georgien nach wie vor als okkupiertes Territorium²²³. Mit der Ausdehnung des Rapallo-Vertrages fand sie sich allerdings offensichtlich ab.

Todesurteile gegen Sozialrevolutionäre: Ein Schauprozeß und seine Folgen

Den Weltarbeiterkongreß, über den die drei Exekutivkomitees in Berlin diskutiert hatten, brauchte Sowjetrußland nach dem Ausgang der Konferenz von Genua nicht mehr. Der Rapallo-Vertrag hatte seine Stellung dort mehr gestärkt, als es das Weltproletariat wohl je vermocht hätte. Die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen der Konferenz der drei Internationalen war damit hinfällig. Auf der anderen Seite hielt in der SPD die Kritik an der Einheitsfrontpolitik als einem Manöver zum Nutzen der russischen Machtinteressen an²²⁴. Während USPD und KPD am 20. April 1922 gemeinsam unter den von den drei Exekutivkomitees vereinbarten Losungen im Berliner Lustgarten demonstrierten²²⁵, blieb die SPD dieser Veranstaltung mit der Begründung fern, die Kommunisten hätten es auf der Berliner Konferenz abgelehnt, die Gemeinsamkeit aller sozialistischen Richtungen bei den Demonstrationen auch für Rußland anzuerkennen²²⁶.

Diese Anerkennung war in der Tat nicht gegeben. Bei der Demonstration zum 1. Mai in Moskau lautete eine der Parolen „Tod der Bourgeoisie und den Sozialdemokra-

²¹⁹ Resolutionsentwurf zur Sitzung des Exekutivkomitees der II. Internationale am 23. Februar [1922]. Archiv LSI, A 5.

²²⁰ Achmeteli an Bernstein, Berlin 21. Oktober 1922; IISG Amsterdam, Nl. Bernstein, K 6.

²²¹ AdR Kab. Wirth Bd. 2, S. 1146.

²²² Auswärtiges Amt an sehr geehrten Herrn Gesandten [= Achmeteli], Berlin 4. November 1922, Nl. Kautsky, G 17,46.

²²³ Aktennotiz Otto Wels (undatiert), Nl. Kautsky, G 17, 47.

²²⁴ „Wels über die Berliner Konferenz“, Vorwärts Nr. 173 vom 12. 4. 1922; Viktor Schiff: Genua und die Einheitsfront, in: Vorwärts Nr. 225 vom 13. 5. 1922.

²²⁵ Aufrufe in Freiheit Nr. 179 vom 16. 4. und „Zum 20. April“ ebenda, Nr. 191 vom 19. 4. 1922.

²²⁶ Proklamation des SPD-Bezirksverbandes in Vorwärts Nr. 177 vom 14. 4. 1922.

ten!²²⁷. Auf dem elften Parteikongreß der KPR(b) Ende März/Anfang April hatte Lenin gefordert, öffentliche Manifestationen von Menschewismus seien mit der Todesstrafe zu ahnden²²⁸. Und am 13. Mai beklagte sich Friedrich Adler in einem Brief an die Kommunistische Internationale heftig über die verschärften Verfolgungen oppositioneller Sozialisten in Rußland²²⁹.

All das war wenig verheißungsvoll für den Verlauf der Sitzung des von der Berliner Konferenz eingesetzten Neunerkomitees, die für den 23. Mai anberaumt worden war. Auf der Sitzung, die im Fraktionszimmer der USPD im Berliner Reichstagsgebäude stattfand, brachen die Gegensätze zwischen den Vertretern der Zweiten und der Dritten Internationale voll auf. Ramsey MacDonald trug eine Erklärung der Zweiten Internationale vor, in der den Kommunisten vorgeworfen wurde, trotz des Bekenntnisses zur Einheitsfront die Spaltungstaktik in den Gewerkschaften und die hemmungslosen Angriffe auf die Sozialdemokratie fortzusetzen. Die Vorbereitungen für den Prozeß der Sozialrevolutionäre ließen Zweifel an der Art des Verfahrens aufkommen. Lenin habe gesagt, ein Richter, der etwas anderes als ein Todesurteil fälle, sei ein Verräter. Es werde eine Kampagne gegen Emile Vandervelde betrieben, der als Verteidiger der Sozialrevolutionäre in Moskau auftreten solle. Ebenso werde systematische Haßpropaganda gegen die Angeklagten betrieben. In Georgien halte die Unterdrückung weiter an. Nach Meinung der Zweiten Internationale sei ein allgemeiner Kongreß erst möglich, wenn diese „Schwierigkeiten“ beseitigt seien²³⁰.

Darauf verlas Radek eine Erklärung der Komintern, in der der Zweiten Internationale vorgeworfen wurde, sie wolle den Weltarbeiterkongreß sabotieren. Die Erklärung berief sich dabei unter anderem auf einen offenbar beschlagnahmten Brief, den Raphael Abramowitsch an Menschewiki in Rußland geschrieben hatte. Wenn der Weltarbeiterkongreß nicht schleunigst stattfinde, würden die Kommunisten aus der Neunerkommission austreten. Außerdem hieß es in der Erklärung, die Delegation der Dritten Internationale habe niemals verhüllt, daß sie die Verteidigung der angeklagten Sozialrevolutionäre durch Mitglieder der anderen beiden Internationalen als feindlichen Akt gegen die Sowjetregierung empfinde. Die vereinbarte Verteidigungsfreiheit und das Wirken der sozialdemokratischen Verteidiger der SR werde jedoch in keinem Fall geschmälert werden²³¹.

Welche Spannungen zwischen den Vertretern der Zweiten Internationale und denen der Dritten herrschten, wird noch deutlicher an einer Auseinandersetzung zwischen Otto Wels und Karl Radek zu Beginn der Sitzung. Radek hatte sich beschwert, er sei daran gehindert worden, in Deutschland vor Mitgliedern seiner Organisation über die Konferenz der drei Internationalen zu berichten. Der preußische Innenminister Severing (SPD) hatte Radek einen Auftritt vor KPD-Funktionären und eine Reise nach Düsseldorf untersagt. Daß Radek in Berlin dennoch vor einer Funktionärskonferenz sprach, hatte zu einer Beschwerde des Auswärtigen Amtes beim sowjetischen Vertreter

²²⁷ Braunthal, Internationale, S. 269; Jansen, Show Trial, S. 42.

²²⁸ Nachrichten der IASP, Juni 1922, S. 3.

²²⁹ Nachrichten der IASP, Mai 1922, S. 5–7.

²³⁰ Die Erklärungen der an der Neunerkonferenz teilnehmenden Delegationen sind abgedruckt in den Nachrichten der IASP, Juni 1922, S. 2–7; II. Internationale: S. 2–4

²³¹ Ebenda, S. 4–6.

Krestinskij geführt. Otto Wels erwiderte auf Radeks Vorhaltungen gereizt, er wisse nicht, ob die menschwistische Teilnehmer der Berliner Konferenz die Möglichkeit gehabt hätten, ihren Genossen in Rußland Bericht zu erstatten. Darauf Radek: „Wenn wir in Rußland tagten, würde Wels sogar gestattet werden, im Butyrki-Gefängnis Bericht zu erstatten. (Wels: Weil ich nicht Russisch kann!) Sie dürfen ein Jahr dort bleiben, bis Sie Russisch gelernt haben. (Wels: Inzwischen möchten Sie mich gleich im Gefängnis behalten!)“²³²

Da half es wenig, wenn die IASP in einer von Fritz Adler vorgelegten Erklärung die SPD und die französischen Kommunisten – die Frossard aus der Neunerkommission zurückgezogen hatte²³³ – verantwortlich für die Schwierigkeiten der Einigungsbewegung machte, zumal in der Erklärung selbst der Kominternvorsitzende Sinowjew mit den Worten zitiert wird, der Zerfall der Neunerkommission würde den Kampf der Kommunistischen Internationale um die Einheitsfront nicht schwächen, sondern stärken²³⁴. Demnach ging die Komintern gestärkt aus der Sitzung hervor, denn zur Verblüffung Adlers, der annahm, jede Delegation würde zunächst ihrer Exekutive Bericht erstatten, erklärte Radek, die kommunistische Delegation habe den Auftrag, aus der Neunerkommission auszuschneiden, wenn der Weltarbeiterkongreß nicht beschlossen werde²³⁵.

Die IASP stand damit endgültig vor den Scherben ihrer Einigungsbemühungen. „Die Neunerkommission wurde von den Rechtssozialisten und den Kommunisten gesprengt“, empörte sich die *Freiheit*²³⁶, aber der *Vorwärts* verzeichnete erleichtert und zufrieden „das Ende einer Komödie“²³⁷. Nachdem „das Luftschoß der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront zusammengestürzt ist“, sei der Weg zu einer Zusammenarbeit zwischen der Zweiten Internationale und der IASP frei, erklärte das SPD-Zentralorgan²³⁸.

Die Vorgänge änderten nichts daran, daß sich gemäß den Berliner Vereinbarungen drei westliche Verteidiger aufmachten, um am Prozeß der Sozialrevolutionäre mitzuwirken: der belgische Sozialdemokrat Emile Vandervelde als Repräsentant der Zweiten Internationale sowie Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht, die beide der USPD angehörten, für die IASP²³⁹. Am 24. Mai, einen Tag nachdem die Neunerkommission geplatzt war, erreichte ihr Zug die sowjetische Grenze²⁴⁰. Schon zuvor hatten die Organe der Komintern und der Sowjetregierung die Stimmung gegen die Verteidiger geschürt. So hatte unter anderem am 21. Mai die *Pravda* an Theodor Liebknecht die Frage gerichtet: „Kain! Kain, was hast du mit deinem Bruder Karl getan?“²⁴¹ Bei jedem Halt waren die Verteidiger seit der Überquerung der russischen Grenze den Manifesta-

²³² Protokoll von der Sitzung der Neunerkonferenz der drei Exekutiven, Berlin, 23. Mai 1922, S. 3, Archiv LSI, A 34.

²³³ Sigel, Zweite Internationale, S. 63.

²³⁴ Nachrichten der IASP, Juni 1922, S. 6f.; Protokoll Neunerkonferenz, S. 23.

²³⁵ Ebenda, S. 31.

²³⁶ „Wer behindert den Arbeiter-Weltkongreß“, Freiheit Nr. 224 vom 24. 5. 1922.

²³⁷ „Das Ende einer Komödie“, Vorwärts Nr. 243 vom 24. 5. 1922.

²³⁸ „Die Neunerkommission gesprengt“, Vorwärts Nr. 242 vom 24. 5. 1922.

²³⁹ Jansen, Show Trial, S. 43f.

²⁴⁰ Donneur, Histoire de l'UPS, S. 268.

²⁴¹ Ebenda; es ist recht bemerkenswert, welche Rolle aus ihrer biblischen Vorlage die „Pravda“ für sich selbst übernahm.

tionen eines wahrscheinlich recht gut organisierten „spontanen Volkszornes“ ausgesetzt. In Moskau wurden sie gar von einer zwei- bis dreitausend Teilnehmer starken Demonstration empfangen. Die Bewegungsfreiheit der drei Anwälte war stark eingeschränkt, und sie wurden ständig überwacht.²⁴²

Der Prozeß gegen die 34 Sozialrevolutionäre begann am 6. Juni 1922. Er war der erste große Schauprozeß in Sowjetrußland und daher, wie die westlichen Verteidiger schon hatten erfahren dürfen, von einer immensen Propagandakampagne begleitet²⁴³. Sein Zweck war, die Anhänger der Sozialrevolutionäre – im Herbst 1917 war das immerhin die Mehrheit der russischen Bevölkerung gewesen – davon zu überzeugen, daß die Führer der Partei schuldig an Verbrechen gegen die Revolution, den Sozialismus und Rußland und seine Bevölkerung überhaupt waren. In der begleitenden Propaganda wurden alle oppositionellen Strömungen von den liberalen Kadetten über die Sozialrevolutionäre bis hin zu den Menschewiki in einen Topf geworfen²⁴⁴. Die Sozialrevolutionäre eigneten sich besonders als Angeklagte eines Schauprozesses, weil sie sich an antibolschewistischen Aufständen beteiligt hatten und einzelne ihrer Mitglieder Attentate gegen hohe bolschewistische Funktionäre, unter anderem gegen Lenin selbst, verübt hatten. Allerdings hatte sich die Partei von diesen Terrorakten distanziert.

Die Anklage berief sich unter anderem auf ein Pamphlet eines der Attentäter, eines gewissen Semenov, der sich im Januar 1921 der KPR(b) angeschlossen hatte und mit der Tscheka zusammenarbeitete. In seiner im Februar 1922 in einer russischsprachigen bolschewistischen Zeitung in Berlin veröffentlichten Schrift behauptete Semenov, die Parteileitung der SR habe sich nur vordergründig von den Attentaten distanziert, in Wirklichkeit aber die Befehle dazu gegeben²⁴⁵. Neben der Organisation von Attentaten wurde den Angeklagten vorgeworfen, einen bewaffneten Kampf gegen das Sowjetregime geführt zu haben, in Verbindung mit den Kommandeuren der weißen Armeen gestanden sowie hochverräterische Beziehungen mit fremden Staaten unterhalten zu haben²⁴⁶.

Juristisch war das Verfahren zweifelhaft: Die Amnestie vom Februar 1919 für die politischen Vergehen der Sozialrevolutionäre wurde auf diese Vorwürfe nicht angewandt. Die strafrechtlichen Bestimmungen unter denen die Sozialrevolutionäre angeklagt wurden, traten erst eine Woche vor Prozeßbeginn in Kraft²⁴⁷. Drei von den Menschewiki nominierte Verteidiger und Mark Liber von der „außerparteilichen“ rechten Opposition der Menschewiki wurden nicht zur Verteidigung zugelassen und inhaftiert²⁴⁸.

Die Angeklagten teilten sich in zwei Gruppen auf. Eine kleinere von zwölf Personen, unter ihnen Semenov, zeigte sich „reumütig“ und geständnisfreudig. Die Mitglieder der

²⁴² „Vanderveldes Erlebnisse“, Vorwärts Nr. 294 vom 24. 6. 1922, Beilage.

²⁴³ Jansen, Show Trial, S. 52 und S. 141–150. Eine literarische Schilderung gibt Alexander Solschenizyn: Der Archipel GULAG. Bern usw. 1974, S. 336–345.

²⁴⁴ Ebenda, S. 151; G. Sinowjew: Über die antisowjetischen Parteien und Strömungen. Referat auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, August 1922. Hamburg 1922.

²⁴⁵ Jansen, Show Trial, S. 23–25.

²⁴⁶ Ebenda, S. 50.; Donneur, Histoire de l'UPS, S. 271.

²⁴⁷ Ebenda, S. 51 und S. 54f.

²⁴⁸ Ebenda, S. 58–60.

anderen Gruppe, angeführt von Abram Goc, waren zu keinen Konzessionen bereit und versuchten den rein politischen Charakter des Prozesses zu entlarven. Auch den „Reumütigen“ hatte man westliche Verteidiger hinzugesellt. Es handelte sich um prominente Kommunisten, unter ihnen Clara Zetkin, die zugleich die „uneinsichtigen“ Angeklagten heftig angriff²⁴⁹.

Die drei sozialdemokratischen westlichen Verteidiger mußten von Beginn des Prozesses an erfahren, daß man ihnen bei der Inszenierung nicht die Rolle zugewiesen hatte, die sie in Anspruch nehmen wollten. Entlastungszeugen wurden nicht zugelassen, den Angeklagten und ihren Verteidigern wurde sowohl der Einblick in das offizielle Protokoll als auch die Anfertigung eines eigenen Stenogrammes verwehrt. Als sich Vandervelde daraufhin am Abend des 13. Juni auf die Berliner Vereinbarung berief, erhielt er von Generalstaatsanwalt Krylenko und Volkskommissar Lunačarskij zur Antwort, daß die Sowjetregierung weder an diese Vereinbarung gebunden sei noch dem Gericht Direktiven gebe und dieses nicht anzuerkennen habe, was zwischen den drei internationalen Exekutivkomitees abgemacht worden sei. Bucharin, der an der Berliner Konferenz teilgenommen hatte, erklärte, die Übereinkunft von Berlin existiere nicht mehr, da sich die Zweite, die „gelbe Internationale“ der Einberufung des Weltarbeiterkongresses widersetzt habe²⁵⁰. Das widersprach zwar dem, was Radek ausdrücklich auf der Neunerkonferenz erklärt hatte, aber ähnlich wie Lenin hatte auch Radek bereits kurz nach der Berliner Konferenz geschrieben, die Vereinbarung über die Sozialrevolutionäre sei für die Sowjetregierung nicht bindend²⁵¹. Die angeklagten Sozialrevolutionäre sahen nach diesen Erklärungen keinen Sinn mehr in der Anwesenheit der westlichen Verteidiger. Am nächsten Tag entband sie Goc als Sprecher der Gruppe der „Uneinsichtigen“ von ihrem Mandat. Sie sollten, erklärte er, „diese Parodie der Justiz“ nicht länger durch ihre Anwesenheit sanktionieren²⁵².

Am 19. Juni verließen die westlichen Verteidiger Rußland, allerdings erst, nachdem sie sich gegen die sowjetischen Versuche, sie zum Bleiben und zur Wiederaufnahme der Verteidigung zu bewegen, mit einem 24-stündigen Hungerstreik durchgesetzt hatten²⁵³. Dieses Verhalten der sowjetischen Seite ist weniger erstaunlich als Marc Jansen, der den Prozeß in einer detaillierten Studie beschrieben hat, meint²⁵⁴, hatte doch Trotzki erklärt: „Wir hoffen aus der Teilnahme Vanderveldes den Nutzen ziehen zu können, im Kampfe gegen Vandervelde wenigstens einem Teil der Massen, die ihm noch Vertrauen schenken, die Augen zu öffnen.“²⁵⁵ Nachdem sie eingestandenermaßen vor dem Druck der sozialdemokratischen Kampagne zugunsten der Sozialrevolutionäre hatten zurückweichen müssen, starteten die Führer der Komintern eine Gegenoffensive, indem sie die Verhandlung gegen die der Sozialrevolutionäre zu einem Schauprozeß gegen die inter-

²⁴⁹ Ebenda, S. 60f.; Johannes Ch. Traut: Rußland zwischen Revolution und Konterrevolution, Bd. 2: Berichte 1917–1922. München 1975, S. 15f.; Clara Zetkin: Wir klagen an! Aus einem Beitrag zum Prozeß der Sozialrevolutionäre, in: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917–1933. Redaktion: Katja Haferkorn. Frankfurt a. M. 1977, S. 201–231.

²⁵⁰ Donneur, Histoire de l'UPS, S. 271f.

²⁵¹ Jansen, Show Trial, S. 40.

²⁵² Donneur, Histoire de l'UPS, S. 272f.

²⁵³ Jansen, Show Trial, S. 66.

²⁵⁴ Ebenda.

²⁵⁵ Pranger (Trotzki), S. 56.

nationale Sozialdemokratie ausdehnten. So wurden auch in Deutschland von kommunistischer Seite nicht nur Schriften über die angeblichen Schandtaten der Sozialrevolutionäre veröffentlicht²⁵⁶, sondern auch solche, die zugleich die westlichen Verteidiger angriffen²⁵⁷. Clara Zetkin erklärte, die verantwortlichen Führer der beiden sozialdemokratischen Internationalen gehörten neben die Sozialrevolutionäre auf die Anklagebank²⁵⁸. Daher konnte es nicht im Interesse der Kommunisten sein, wenn die sozialdemokratischen Verteidiger den Gerichtssaal nicht mehr betraten.

Die sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland, allen voran die *Freiheit*, verfolgten die Entwicklung des Moskauer Prozesses aufmerksam und mit wachsender Empörung. Schlagzeilen wie „Rachejustiz der Bolschewiki“, „Die russische Justiz-Komödie“ oder „Justizschmach im Bolschewistenreich“ lösten einander ab. Am 20. Juni meldete die *Freiheit* die Rückreise der drei Verteidiger, und es darf angenommen werden, daß viele mit Spannung auf ihren Bericht warteten. Da wurde am 24. Juni Außenminister Walther Rathenau von Rechtsradikalen ermordet. Das Erschrecken über dieses Verbrechen drängte das Interesse für den Moskauer Prozeß in den Hintergrund und wurde vorübergehend zu einem Integrationsfaktor der Linken. Es kam sogar zu einem Aktionsbündnis zwischen den Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Parteien und der KPD, aus dem die Kommunisten aber schon nach wenigen Tagen wieder ausschieden²⁵⁹.

Noch deutlicher zeigte sich die Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien und ihre gemeinsame Frontstellung gegen die KPD vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung des Prozesses der Sozialrevolutionäre in den folgenden Wochen. Am 30. Juni erschien in den sozialdemokratischen Zentralorganen ein Memorandum, in dem Vandervelde, Liebknecht und Rosenfeld ihre Erlebnisse schilderten, eindringlich auf die Gefahr von Todesurteilen gegen die Sozialrevolutionäre hinwiesen und zu einer internationalen Solidaritätskampagne aufforderten²⁶⁰.

Nachdem der Generalstaatsanwalt Krylenko Abgeordnete einer Massendemonstration, die ein hartes Urteil für die Sozialrevolutionäre forderte, offiziell im Gerichtssaal empfangen hatte, legten Anfang Juli auch die russischen Verteidiger mit Zustimmung der Angeklagten ihre Mandate nieder²⁶¹. Am 19. Juli berichtete die *Freiheit*, die Reichstagsfraktionen von SPD und USPD sowie die Gewerkschaftskommission Berlin und die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände (AfA-Bund) hätten gegen drohende

²⁵⁶ Die folgenden Titel erschienen 1922 im Verlag Carl Hoym Nachf., der deutschen Dépendance des Verlags der Komintern: W. Knjasew: W. Wolodarski [Volkskommissar für Presse und Agitation, der im Juni 1918 einem Attentat zum Opfer fiel]; J. Schafer: Die Ermordung der 26 Kommunisten in Baku und die Partei der Sozialrevolutionäre; Ignatjew: Die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre in Archangelsk; W. Bystranski: Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

²⁵⁷ An den Pranger!; I. Wardin: Die sozialrevolutionären Mörder und die sozialdemokratischen Advokaten (Tatsachen und Beweise). Hamburg 1922.

²⁵⁸ Zetkin, Wir klagen an, S. 205.

²⁵⁹ Winkler, Revolution, S. 427f. und S. 543–545. Die gemeinsamen Aufrufe in: Dokumente und Materialien, Reihe II, Bd. 7,2, S. 103–107, zur Position der KPD ebenda, S. 108–116.

²⁶⁰ „Gegen die Moskauer Justizkomödie“, Vorwärts Nr. 304 und „Gegen bolschewistische Rachejustiz“, Freiheit Nr. 260 vom 30. 6., dass. in LVZ Nr. 151, 2. Beilage vom 1. 7. 1922. Im gleichen Sinne hatten sich die drei Verteidiger bereits am 17. Juni von Moskau aus brieflich an Adler und MacDonald gewandt; Donneur, Histoire de l'UPS, S. 274.

²⁶¹ Jansen, Show Trial, S. 66–75; „Die Moskauer Justizschande“, Freiheit Nr. 264 vom 8. 7. 1922.

Todesurteile im Moskauer Prozeß protestiert und kommentierte: „Die Rachejustiz in Moskau zerschlägt alle Möglichkeiten der internationalen Einigung des Proletariats.“²⁶² Im gleichen Sinne hatte sich bereits mehr als einen Monat zuvor das Büro der IASP geäußert, dem für die USPD Arthur Crispian angehörte²⁶³. Gegen die Todesurteile hatte sich auch eine ganze Reihe berühmter linker Intellektueller ausgesprochen, unter ihnen Maxim Gorki, Anatole France, Bernard Shaw und Sidney Webb²⁶⁴.

Die Appelle blieben fruchtlos. Anfang August wurden die Urteile verkündet: Zwölf der „uneinsichtigen“ Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, ebenso drei der „reumütigen“, zwei wurden freigesprochen alle übrigen erhielten Gefängnisstrafen zwischen zwei und zehn Jahren. Allerdings wurden den „Reumütigen“ unmittelbar darauf ihre Strafen erlassen²⁶⁵. Mit dem Urteil war auch eine Reihe westlicher Kommunisten wie Clara Zetkin, Ernst Meyer und Charles Rappoport desavouiert worden, die sich am 6. August im EKKI gegen Todesurteile ausgesprochen hatten. Auf eine Initiative Trotzki, vielleicht aber auch Lenins hin wurde die Vollstreckung der Urteile schließlich davon abhängig gemacht, ob die sozialrevolutionäre Partei Terroranschläge verüben würde oder nicht. Die Sowjetregierung entschloß sich mit anderen – Trotzki eigenen – Worten, „die Parteiführer in Geiseln zu verwandeln“²⁶⁶. Auch die deutschen Kommunisten schienen damit hochzufrieden zu sein. Jedenfalls erklärte Clara Zetkin, die Komintern stehe überzeugt zu dem Spruch des Obersten Revolutionsgerichts und zum Geiselbeschluß der Sowjetregierung²⁶⁷, und die KPD organisierte nach der Urteilsverkündung am 14. August in Berlin eine Demonstration gegen die Sozialrevolutionäre²⁶⁸.

Bei den deutschen Sozialdemokraten dagegen erreichte die Empörung über das Vorgehen der russischen Kommunisten ihren Höhepunkt. Der *Vorwärts* sprach von der „Verwilderung“ Rußlands²⁶⁹, die *Freiheit* erklärte, die Repressionen gegen die Sozialrevolutionäre dienten der politischen Absicherung der eingeleiteten kapitalistischen Entwicklung in Sowjetrußland²⁷⁰. Die Berliner Verbände von SPD und USPD sowie die Gewerkschaftskommission von Großberlin riefen zu Großkundgebungen gegen die Todesurteile auf. In vier Versammlungslokalen sollten am 22. August sozialdemokratische Redner, unter ihnen Rosenfeld und Liebknecht, über den Moskauer Prozeß sprechen²⁷¹.

Massenmanifestationen von Arbeiterorganisationen gegen das bolschewistische Rußland – das war noch nie dagewesen in Deutschland. Ein solches Vorhaben mußte zwangsläufig die Kommunisten auf den Plan rufen. Der *Vorwärts* bekam Wind davon, daß etwas geplant war und warnte noch in seiner Abendausgabe vom 22. August vor den „Störenfrieden gegen die Arbeiterschaft“: „Genossinnen und Genossen, haltet

²⁶² „Die Moskauer Mordjustiz“, *Freiheit* Nr. 275 vom 19. 7. 1922.

²⁶³ „Bürositzung der I. A. S. P. in Frankfurt am 15. Juni 1922“, *Nachrichten der IASP*, Juli 1922.

²⁶⁴ *Vorwärts* Nr. 329 vom 14. 7. und Nr. 338 vom 20. 7. 1922; „M. Gorkij o processe s. r.“ [Maxim Gorki über den Prozeß der SR], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 13/14 vom 20. 7. 1922.

²⁶⁵ Jansen, *Show Trial*, S. 128 f.; „Die Schande von Moskau.“, *LVZ* Nr. 186 vom 11. 8. 1922.

²⁶⁶ A. a. O., S. 136–138; Braunthal, *Internationale*, S. 269, Fußnote 2. Laut *LVZ* hatte Zetkin im Prozeß aber Todesurteile gefordert; „Die Schande. . .“, a. a. O.

²⁶⁷ Zetkin, *Wir klagen an*, S. 205.

²⁶⁸ Jansen, *Show Trial*, S. 162.

²⁶⁹ „Todesurteile im Moskauer Prozeß“, *Vorwärts* Nr. 375 vom 10. 8. 1922.

²⁷⁰ „Verlogen und erbärmlich“, *Freiheit* Nr. 299 vom 12. 8. 1922.

²⁷¹ *Freiheit* Nr. 306 vom 19. 8. 1922.

strenge Disziplin, laßt Euch keine Mordverherrlichung gefallen!²⁷² Der Andrang zu den Protestversammlungen war groß, doch fanden viele SPD- und USPD-Anhänger keinen Platz mehr in den Versammlungslokalen, weil sich dort schon frühzeitig starke Abordnungen von Kommunisten niedergelassen hatten. Sie sprengten alle vier Versammlungen, wobei es teilweise zu Handgreiflichkeiten kam. Für den *Vorwärts* war das „Moskauer Terror in Berlin“, die *Freiheit* schrieb, nicht weniger empört, von „Pogrom und Terror gegen die eigenen Klassengenossen“²⁷³.

Der Mord an Walter Rathenau hatte als Katalysator für die Annäherung von SPD und USPD gewirkt. Seit Mitte Juli unterhielten die beiden Parteien eine Fraktionsgemeinschaft im Reichstag, die Wiedervereinigung wurde vorbereitet²⁷⁴. Eine der Voraussetzungen für diese Entwicklung war die Desillusionierung der USPD über die Möglichkeit einer Einheitsfront seit der Berliner Konferenz. Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre spielte dabei die zentrale Rolle, und die Sprengung der Berliner Protestversammlungen machte es im wörtlichen Sinne handgreiflich klar, daß an eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der KPD nicht zu denken war. Nur eine verschwindende Minderheit unter Führung von Georg Ledebour und Theodor Liebknecht sperrte sich auf dem USPD-Parteitag von Gera (20. bis 23. September 1922) noch gegen die Verschmelzung mit der SPD. Es hat fast symbolischen Charakter, daß bei diesem Parteitag die kommunistischen Presseberichterstatter aus dem Saal gewiesen wurden. Sie waren bei der Erwähnung der Todesurteile gegen die Sozialrevolutionäre in höhnisches Gelächter ausgebrochen und hatten damit bei den Parteitagsdelegierten einen leidenschaftlichen Ausbruch von Empörung und Wut ausgelöst²⁷⁵.

Auf dem Parallelparteitag der SPD in Augsburg vom 17. bis 23. September 1922 rechnete Otto Wels in seinem Referat über die „Internationale und die Einigung des Proletariats“ mit dem Kommunismus ab. Der von der Komintern geforderte Weltarbeiterkongreß habe nur den Zweck gehabt, in Genua „den Eindruck hervorzurufen, als ständen die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt hinter der russischen Außenpolitik“²⁷⁶. Die dritte Internationale benutze den Kommunismus im Interesse der staatspolitischen Ziele der Großmacht Rußland, die die Politik des zaristischen Rußlands fortzusetzen gezwungen sei, erklärte Wels²⁷⁷. Den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre nannte er ein „Schandmal für die russischen Gewalthaber“ und faßte die Entwicklung von der Oktoberrevolution bis zur NEP in den drastischen Worten zusammen: „Rußland geht vom Bolschewismus über den Kannibalismus zum Kapitalismus zurück.“ Er bedauere nicht, daß eine Verständigung mit der Moskauer Internationale nicht zustande gekommen sei, „denn eine Einigung von Arbeiterinternationalen mit der Regierung einer Großmacht ist unmöglich“²⁷⁸.

²⁷² „Auf zum Protest gegen die Moskauer Todesurteile!“, *Vorwärts* Nr. 395 vom 22. 8. 1922.

²⁷³ *Vorwärts* Nr. 396 und *Freiheit* Nr. 310 vom 23. 8. 1922; vgl. ferner „Würdeloser Mameluckendienst“, *Vorwärts* Nr. 397 vom 23. 8. 1922.

²⁷⁴ Winkler, *Revolution*, S. 487.

²⁷⁵ Krause, *USPD*, S. 288.

²⁷⁶ Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera, Nürnberg 1922. Berlin 1923. [Nachdruck Glashütten usw. 1973], S. 56.

²⁷⁷ Ebenda, S. 58.

²⁷⁸ Ebenda, S. 60. Ganz ähnlich Paul Axelrods Argumentation schon vor der Berliner Konferenz. Er hatte darauf hingewiesen, daß die russischen Kommunisten die Einheitsfront vorschlugen,

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre hatte dies den westlichen Sozialisten eindrücklich klar gemacht. Auch diejenigen unter ihnen, die ernsthafte Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten gesetzt hatten, wurden durch den Verlauf dieses Prozesses gezwungen zu lernen, was die Petrograder Menschewiki bereits in einem Aufruf vom Februar 1922 erklärt hatten: „Ohne Freiheit, ohne Demokratie gibt es keine Einheit der Arbeiterklasse.“²⁷⁹

während sie zugleich Tausende von Sozialisten in russischen und georgischen Gefängnissen gefangenhielten und sie mit der Vernichtung bedrohten; „P. B. Aksel'rod ob edinom fronte“ [P. B. Aksel'rod über die Einheitsfront], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 7 vom 3. 4. 1922.

²⁷⁹ „K edinstvu proletarskogo fronta“ [Zur Arbeitereinheitsfront], *Socialističeskij Vestnik* Nr. 7 vom 3. 4. 1922. Die Verfolgung russischer Sozialisten und die daraus folgende Enttäuschung über die russische Revolution, hebt auch Raphael Abramowitsch als einen der wichtigsten Faktoren für die Wiedervereinigung von SPD und USPD hervor; R. Abramovič: *Krizis v Germanii i ob'edinenie socialdemokratičeskich partij* [Die Krise in Deutschland und die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien], in: *Socialističeskij Vestnik* Nr. 19 vom 4. 10. 1922. Gegenüber diesen klarsichtigen zeitgenössischen Einschätzungen scheint der Standpunkt, den Robert Sigel in seiner Studie über die Zweite Internationale vertritt, sehr zweifelhaft. Er schreibt: „Daß es zur Konferenz der drei Exekutiven überhaupt gekommen war, zeigte, daß neben den objektiven politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die ein gemeinsames Handeln aller Arbeiterorganisationen nahelegten, auch die internen Dispositionen in den drei Internationalen ein solches zumindest nicht ausschlossen. Die Widerstände in der Kommunistischen Internationale und vielleicht noch mehr in der 2. Internationale waren auf Dauer stärker. Was die Delegierten der 2. Internationale zur Vorbedingung einer Zusammenarbeit machten, bedeutete im Grunde eine Sozialdemokratisierung der Kommunistischen Parteien.“ Sigel, *Zweite Internationale*, S. 70. Sigels Einschätzung ist gewissermaßen eine spiegelbildliche Übertragung von Robert F. Wheelers Standpunkt zur Spaltung der USPD auf die internationale Ebene. Sah dieser in der Intransigenz der „21 Bedingungen“ den eigentlichen Grund für die Spaltung der Partei, die in allen anderen essentiellen Themen zu tragbaren Kompromissen gefunden habe (Wheeler, *USPD*, S. 281 f.), so weist Sigel diese Funktion in Bezug auf die drei Internationalen den Bedingungen der Zweiten Internationale zu. In beiden Arbeiten tritt gegenüber den Organisationsfragen im engeren Sinn das politische Umfeld stark in den Hintergrund. Insbesondere trifft dies auf die Lage in Sowjetrußland zu. Diese gehörte aber ebenso zu den oben angesprochenen objektiven politischen Voraussetzungen, ja sie war an gewissen „Knotenpunkten“ sogar ein politischer Faktor erster Ordnung. Ebendieser Faktor aber konnte ein gemeinsames Handeln nicht nahelegen. Es mag sein, daß die Forderungen der II. Internationale auf eine Sozialdemokratisierung der Kommunisten hinausgelaufen wären, doch hätte ein Verzicht auf die Solidarität mit den georgischen Sozialdemokraten und den angeklagten Sozialrevolutionären auch für sie einen Bruch mit der eigenen Identität bedeutet, nicht zuletzt, weil erstere langjährige Mitglieder der II. Internationale waren, der auch die Sozialrevolutionäre bis zu ihrem erfolglosen Übertrittsversuch zur IASP Anfang 1920 angehört hatten. Die Gegensätze sowohl in der USPD als auch in dem brüchigen „Bündnis“ der drei Internationalen waren letztlich prinzipieller Natur und durch Formelkompromisse nicht zu überbrücken. Dies war von der Komintern im übrigen auch gar nicht gewollt. Ihre Einheitsfrontpolitik war nur ein Mittel, um die kommunistische Hegemonie in der internationalen Arbeiterbewegung zu erreichen. In Rußland war man über solche Ziele längst hinaus. Dort ging es um die Festigung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei durch die politische Liquidierung der oppositionellen sozialistischen Parteien.